

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom 16.03.2026

Einwohnerfragen

Seitens der Einwohnerschaft wurden keine Fragen gestellt.

Haushaltssatzung- und Haushaltsplan 2026 – Stellungnahmen der Fraktionen

Die Fraktionsvorsitzenden bzw. deren Vertreter/innen nahmen wie folgt Stellung zum Haushaltsplanentwurf 2026:

Haushaltsrede der FWV:

Für die FWV sprach Stadträtin Susanne Weißkopf.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wittlinger,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats und der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger, sowie die Vertreter der Presse

Der Uhinger Haushaltsplan 2026 – Rückblick und Ausblick

Wenn wir heute über den Haushalt unserer Stadt sprechen, dürfen wir nicht vergessen, dass kommunale Entscheidungen immer auch im größeren politischen Zusammenhang stehen.

Die Zahl der weltweiten Kriege und Konflikte ist derzeit auf einem historischen Höchststand. Dies alles beobachten wir mit größter Besorgnis.

Kriege, internationale Spannungen und politische Unsicherheiten wirken sich längst nicht mehr nur auf weit entfernte Regionen aus. Sie haben direkte Folgen für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und damit auch für unsere Städte und Gemeinden. Was das Letztendlich für Europa, für Deutschland und auch für uns bedeutet, ist noch nicht absehbar.

Steigende Energiepreise, wirtschaftliche Unsicherheiten, Lieferkettenprobleme oder auch Fluchtbewegungen zeigen jedoch deutlich: Globale Ereignisse haben ganz konkrete Auswirkungen bis hinein in unseren kommunalen Haushalt.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir auf kommunaler Ebene das tun, was wir am besten können: **Stabilität schaffen.**

Unsere Aufgabe hier im Gemeinderat ist es nicht, die großen geopolitischen Konflikte zu lösen. Aber wir können dafür sorgen, dass unsere Stadt ein Ort der Verlässlichkeit bleibt – ein Ort, an dem Menschen arbeiten, leben und ihre Zukunft planen können.

Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Staates. Wenn Städte und Gemeinden funktionieren, wenn Infrastruktur funktioniert, wenn Bildung, Betreuung und wirtschaftliche Entwicklung vorangebracht werden, dann stärkt das auch unsere Gesellschaft als Ganzes.

In Zeiten globaler Unsicherheit kommt den Kommunen deshalb eine besondere Rolle zu: **Sie geben den Menschen Halt im Alltag.**

Wir sorgen dafür, dass Kindergärten gebaut werden, Schulen funktionieren, Straßen instandgehalten werden und Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden.

Das mag manchmal unspektakulär erscheinen. Aber gerade diese Arbeit ist es, die unsere Gesellschaft stabil hält. Denn wir sind die Basis.

Deshalb sollten wir uns auch heute bei der Beratung dieses Haushalts bewusst machen: Unsere Entscheidungen hier im Gemeinderat tragen dazu bei, dass unsere Stadt auch in schwierigen Zeiten verlässlich bleibt.

Und genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns – verantwortungsvolle Entscheidungen mit Blick auf das Wohl unserer Gemeinschaft.

Ich will mich jetzt nicht weiter über die bekannten Hindernisse wie;

hohe Bürokratie,

schlechte Verteilung der Gemeinschaftssteuern,

oder das Bund und Länder die Aufgaben der Kommunen immer weiter ausweiten, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen,

auslassen, sondern einmal ganz klar die bisher gute Situation in Uhingen hervorheben.

Durch die jahrelange, sehr solide Haushaltspolitik der Stadt Uhingen stehen wir derzeit noch gut da. Freiwillige Aufgaben wie z.B. die Bäder, Musikschule oder Bücherei sind leistbar.

Die Vorjahre sind etwas besser als geplant ausgefallen. In den Rücklagen stehen Ende 2025, 15 Mio. Euro bereit. Auf dieses Polster sind wir bei der Umsetzung, der in den nächsten Jahren geplanten Projekten jedoch dringend angewiesen.

Die derzeitige Pro-Kopf-Verschuldung in Uhingen, ohne Wasserversorgung, beträgt gemäß dem neuen Haushaltsplan 120,32 Euro, der Durchschnitt in Baden-Württemberg liegt bei ca. 530 Euro.

Dies ist das Ergebnis vieler Jahre vorausschauender Politik und engagierter kommunaler Arbeit, wenn man weiß, in welchem gutem Zustand die Uhinger Infrastruktur im Vergleich zu anderen Kommunen ist.

Erlauben Sie mir einen kurzen Überblick

- Modernste ausgestattete Feuerwehr
- Freibad, Hallenbad, Stadthalle sowie mehrere voll funktionsfähige und teilweise neu angelegten Sportstätten in Betrieb
- Polizeirevier vor Ort
- Malteser vor Ort
- Nähe zu Kliniken und Arztpraxen und vielem Mehr.

Ein guter Gesamtüberblick über alle Belange der Bürger in der Stadt Uhingen waren Grundlage für den Erfolg der letzten Jahrzehnte.

Der Haushalt einer Stadt ist mehr als ein Zahlenwerk. Er zeigt welche Prioritäten wir setzen und wie wir die Zukunft unserer Stadt gestalten wollen.

Der Haushalt, über den wir heute beraten, ist ein Haushalt in bewegten Zeiten. Die kommunalen Aufgaben wachsen stetig: steigende Baukosten, höhere Anforderungen an Bildung und Betreuung, wachsende Erwartungen an Infrastruktur und Mobilität, sowie die neuen Herausforderungen durch Klimawandel und den Umweltschutz. Gleichzeitig bleiben die finanziellen Spielräume begrenzt. Gerade in solchen Zeiten braucht es eine klare Haltung:

Wir müssen investieren – aber mit Augenmaß.

Ganz klar ist, es müssen Prioritäten gesetzt werden. Für uns Freie Wähler war immer klar: Kommunalpolitik beginnt dort, wo Menschen leben.

In dem von Frau Vater vorgelegten, mehr als 500 Seiten umfassenden Haushalt, sind bereits alle Zahlen genannt, deshalb werde ich diese hier nicht nochmals ausführen. Dennoch haben wir folgende zentrale Schwerpunkte gesetzt:

Wohnraum, Bildung, Mobilität und eine zukunftsfähige Infrastruktur.

1. Wohnraum – eine der größten Herausforderungen unserer Zeit

Als Freie Wähler sind wir überzeugt: Eine lebendige Stadt braucht bezahlbaren Wohnraum.

Das bedeutet für uns:

- verantwortungsvolle Ausweisung neuer Bauflächen
- Nachverdichtung dort, wo sie sinnvoll ist und ohne große Bürokratie
- und eine Stadtentwicklung, die Wachstum mit Lebensqualität verbindet

Wir wollen, dass junge Menschen hierbleiben können.

Wir wollen, dass Familien hier eine Zukunft aufbauen können.

Und wir wollen, dass auch ältere Bürgerinnen und Bürger in ihrer Stadt bezahlbar wohnen bleiben können.

Bezahlbares Wohnen rückt durch die Kreditzinsen und die Preiserhöhungen am Bau für viele Menschen in weite Ferne. Der Erlass immer weiterer Vorschriften in Berlin oder Stuttgart tragen zu dieser Situation maßgeblich bei. Die Mietpreise steigen Mangelbedingt immer weiter. Deshalb ist die Bebauung stadteigener Innengrundstücke, hier z.B. die Ulmer Str. 90 sowie die ehemalige Spinnweberei unabdingbar.

In Holzhausen soll 2026 endlich das Gebiet Brühl baureif entwickelt werden. Der Ausbau der westlichen Bruckstraße ist erfolgt und muss nun zügig verkauft werden.

In Sparwiesen ist mit dem Beschluß für den neuen Kindergarten die Weiterentwicklung Hohlbeinstraße voranzutreiben. Sowie das Projekt Beckenhalde.

Aber nicht nur die Erschaffung neuen Wohnraums ist wichtig, auch bestehende Wohngebiete müssen lebenswert bleiben. Somit gehört es zu unseren Aufgaben die Bürger in Baierock auch weiterhin in Bezug auf Lärmbelästigung durch Windräder, zu unterstützen.

Ein herzliches Dankeschön an alle die sich hier ehrenamtlich einbringen, um Abhilfe zu schaffen.

2. Investitionen in unsere Kinder – Kindergarten und Schulen

Eine der wichtigsten Aufgaben einer Kommune ist die Bildung und Betreuung unserer Kinder.

Die hohen Ansprüche in der Kinderbetreuung werden begleitet von den größten Kostensteigerungen in den Haushalten der letzten Jahre. Der geplante Ausbau der Kindergartenplätze ist dennoch kein Luxusprojekt. Er ist eine notwendige Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Der Ausbau des Kindergartens Weilenberger Hof konnte fertiggestellt werden.

Und mit dem Zuschlag für den Bau des neuen Sparwieser Kindergartens, bei der letzten Gemeinderatssitzung, sind wir zukunftsweisend aufgestellt, sogar in zwei Ebenen, da wir auf dem bisherigen Grundstück neuen Wohnraum schaffen können.

Bei der Generalsanierung des Hl. Kreuz-Kindergartens sind wir allerdings vom Eigentümer kath. Kirche abhängig.

Mit Fug und Recht können wir festhalten, dass die Kinderbetreuung in Uhingen vorbildlich geregelt ist. Die Stadt Uhingen bietet jede Betreuungsform, die von den Eltern gefordert wird, an. Familienfreundlichkeit darf kein Schlagwort sein – sie muss gelebte Realität sein.

Gleichzeitig investieren wir weiter in unsere Schulen. Gute Lernbedingungen, moderne Ausstattung und gepflegte Gebäude sind entscheidend dafür, dass unsere Kinder die besten Chancen bekommen.

Die Hieber-Schule als Gemeinschaftsschule und die Haldenberg-Realschule sind mit Ganztagesbetreuung absolut gut aufgestellt. Die Modernisierung des Chemiesaals der Haldenbergrealschule ist aktuell in der Umsetzung.

Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft der ganzen Stadt.

Und genau deshalb tragen wir diese Investitionen mit voller Überzeugung.

Nicht zu unserer Freude schlägt die Sanierung des Hohenstaufen-Gymnasiums in Göppingen, auf Grund von versäumten, regelmäßigen Sanierungsmaßnahmen, mit knapp 1,9 Mio. Euro bei uns in den nächsten Jahren weiterhin zu Buche.

Im Jahr 2025 belastete dieser Punkt uns bereits mit 562.000 Euro den Haushalt und 2026 steht eine Summe von 568.000 Euro an und 2027 mit 379.200 Euro.

3. Mobilität und Infrastruktur – die Stadt von morgen gestalten

Ein Punkt ist für die Zukunft unserer Stadt besonders wichtig: **die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gewerbe- und Industrieflächen.**

Viele Jahrzehnte war das Unternehmen **Allgaier** ein bedeutender Arbeitgeber und ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsstandorts Uhingen. Die Insolvenz dieses traditionsreichen Unternehmens, sowie weiteren Uhinger Betrieben, hat gezeigt, wie schnell sich wirtschaftliche Rahmenbedingungen verändern können.

Für unsere Stadt bedeutet das vor allem eines:

Wir müssen nach vorne schauen.

Das Gelände und die bestehenden Industrieflächen bieten große Chancen für die Zukunft. Wenn es uns gelingt moderne Arbeitsplätze und vielleicht sogar innovative Branchen anzusiedeln, dann kann aus einer schwierigen Situation eine echte Zukunftschance für Uhingen werden.

Als Freie Wähler sehen wir hier eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik.
Wir müssen alles daransetzen,

- Investoren anzusprechen,
- neue Unternehmen für den Standort Uhingen zu gewinnen,
- sowie die vorhandenen Flächen sinnvoll weiterzuentwickeln

Denn klar ist: **Jeder Arbeitsplatz vor Ort stärkt unsere Stadt**

stärkt unsere Kaufkraft, unsere Vereine und letztendlich auch die finanziellen Möglichkeiten unserer Kommune.

Und genau daran sollten wir gemeinsam arbeiten – mit Engagement, Offenheit und dem klaren Ziel, unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.

Unser Augenmerk liegt auch, ganz deutlich auf einer weiteren Senioren- und behindertengerechten Ausstattung in der gesamten Stadt.

Hierzu gehören die zwischenzeitlich barrierefrei ausgestalteten Bushaltestellen, genauso wie die Sitzgelegenheiten an unseren zahlreichen Spazierwegen und in der Stadtmitte.

Eine diesbezügliche Erweiterung ist zu prüfen und weitere Standorte zu finden.

Die öffentliche Toilette im K1 ist wieder Instand zu setzen und mit guter Beschilderung in Betrieb zu nehmen, damit wir uns, auch in dieser Hinsicht, für Gäste der Stadt gut präsentieren.

Wir bitten die Verwaltung eindringlich auch im Jahr 2026 unbürokratisch eine rasche Beseitigung von Mängeln herbeizuführen. Eventuell hierdurch anfallende Finanzierungen leisten wir außerplanmäßig.

Zur Gestaltung der Stadt von morgen, gehört auch eine effiziente Ausrichtung unserer Verwaltung.

Durch ständig neue Herausforderungen und Veränderungen war es dringend notwendig bestehenden Strukturen zu überarbeiten und den neuen Gegebenheiten anzugleichen. Somit sind wir auch in diesem Bereich für die Zukunft gerüstet. Dies erforderte einen hohen Einsatz der Mitarbeiter. Hierfür ein herzliches Dankeschön von den Freien Wählern.

Bei dieser Neuordnung zeigt sich jedoch auch ein erweiterter Personalbedarf für 2026 von 4,42 Stellen, somit auch daraus resultierend eine Steigerung der Personalkosten. Hier gehen wir weiterhin mit, jedoch auch hier muss ein genaues Augenmerk auf die Weiterentwicklung gelegt werden. Wir bitten die Verwaltung dies sehr sorgfältig und geplant vorzunehmen.

Bezüglich Mobilität. Eine moderne Stadt braucht eine funktionierende Infrastruktur. Dazu gehören Straßen, Geh- und Radwege.

Der Ausbau von Fahrradwegen ist für uns kein ideologisches Projekt, sondern eine Frage der Sicherheit. Jedoch muss dies sinnvoll, Orts- und Kostengerecht erfolgen. Eine Ausgabe von ca. 14 Mio. Euro ohne einbezogenen Kosten-Nutzungsanalyse und ohne eingerechnete Unterhaltungskosten (wie z.B. Winterräumdienst ect.) ist für die Freien Wähler fraglich. Auch wenn der Kostenanteil nicht direkt relevant für den Haushalt ist, so ist es dennoch das Steuergeld aller Bürger, welches dann woanders fehlt.

4. Verantwortung für solide Finanzen

Die Freien Wähler stehen wie gewohnt, so auch heute, für eine solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

Das bedeutet:

- notwendige Investitionen ermöglichen
- gleichzeitig Schulden im Blick behalten

- und langfristig die Handlungsfähigkeit unserer Stadt sichern

Kommunalpolitik darf nicht von kurzfristigen Schlagzeilen bestimmt werden. Sie muss langfristig denken.

Deshalb sehen wir dieses Jahr von langen Antragslisten ab und beschränken uns auf wenige, wesentliche Anträge.

5. Dank an Verwaltung und Ehrenamt

An dieser Stelle möchten wir ganz Herzlich Frau Vater und dem gesamten Team der Kämmerei und der Verwaltung danken. Denn die Erstellung eines Haushalts in diesen Zeiten mit einem Gesamtvolumen von 49,9 Mio. Euro, inklusive einem Investitionsvolumen von 6,8 Mio. Euro ist keine einfache Aufgabe.

Ebenso danken wir allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren – in Vereinen, Organisationen und Initiativen. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Uhingen eine lebendige und lebenswerte Stadt bleibt.

Schluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat,

Kommunalpolitik ist keine große Bühne. Sie ist die Ebene, auf der konkrete Entscheidungen das tägliche Leben der Menschen hier in der Kommune direkt beeinflussen.

Wenn wir heute über Wohnraum entscheiden, dann geht es um Familien, die ein Zuhause suchen.

Wenn wir über Kindergärten und Schulen sprechen, dann geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Wenn wir über Infrastruktur sprechen, dann geht es darum, wie unsere Stadt morgen funktioniert.

Der Haushalt ist deshalb mehr als eine finanzielle Planung.
Er ist ein Versprechen an unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ein Versprechen, dass wir verantwortungsvoll handeln.
Ein Versprechen, dass wir die Zukunft unserer Stadt gestalten.
Und ein Versprechen, dass wir Uhingen Schritt für Schritt weiterentwickeln – mit Vernunft, Augenmaß und Mut zur Entscheidung.

Oder anders gesagt:

**Die Zukunft unserer Stadt entsteht nicht irgendwann.
Sie entsteht durch die Entscheidungen, die wir heute treffen.**

Lassen Sie uns diese Verantwortung gemeinsam tragen – für Uhingen und für die Menschen, die hier leben.

Vielen Dank.

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Wasserversorgung für das Jahr 2026:

Der Bezugspreis für unser Trinkwasser bleibt bei 2,19 €. Notwendige Investitionen wurden wie immer getätigt, um dieses kostbare Gut weiterhin in 1A Qualität unseren Bürgern und Betrieben liefern zu können. Wir gehören weiterhin kreisweit zu den günstigsten Lieferanten. Die Betriebsführung 2025 und die technischen Soforteinsätze z.B. bei Rohrbrüchen waren nach den Erkenntnissen der Freien Wählerversammlung einwandfrei! Die beauftragten Profis der Landeswasserversorgung hatten die Lage im letzten Jahr jederzeit im Griff. Der Wasserverlust in Uhingen liegt mit ca. 5 % an der unteren Grenze. Dies zeigt, wie gut das Netz in Schuss ist.

Haushaltswirksame Anträge der Freien Wählerversammlung:

- Wir beantragen für die Weiterentwicklung des Gebietes Beckenhalde in Sparwiesen ein Planungsbüro zur Erstellung eines Bebauungsplans mit 2 Varianten, inklusive Prüfung der naturschutzrechtlichen Auflagen zu beauftragen. Hierfür beantragen wir die Einstellung von € 5.000,--.
Finanzierung: über Kürzung EKVO.
- Mit das größte Ärgernis sind weiterhin die Verschmutzungen und Müllablagerungen in der Stadt – besonders an den Glas- und Blechdosensammelbehältern. Auch das Liegenlassen falsch befüllter gelber Säcke mag rechtlich korrekt sein, verschärft aber das Problem. Hinzu kommen immer wieder Fälle von Vandalismus.
Das ist kein reines Uhinger Problem, sondern ein gesellschaftliches. Dennoch müssen wir handeln.
Wir beantragen daher die Bereitstellung von 20.000 € für geeignete Gegenmaßnahmen und eine stärkere Überwachung der betroffenen Bereiche. Konkrete Maßnahmen sollen im zuständigen Ausschuss beraten werden.
Finanzierung: über Kürzung EKVO.
- Ergänzend hierzu soll die Stadt Uhingen entschlossen gegen wilde und illegale Müllablagerungen auf der Gemarkung vorgehen – schnell und unbürokratisch.
Wir bitten die Mitarbeiter der Stadt diese Auffälligkeiten sofort beim Bauhof zu melden. Der Bauhof soll daraufhin den Müll umgehend selbst oder durch Externe beseitigen. Erst danach werden Zuständigkeiten, etwa durch den Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) oder mögliche Strafverfolgung, geklärt.
Für viel Geld hat die Stadt im K1 eine öffentliche Toilette eingebaut. Durch Vandalismus wurde diese teilweise zerstört. Wir fordern die Wiedereröffnung und die fehlenden, wegweisenden Schilder sowie gegebenenfalls Videoüberwachung. Zusätzlich Überarbeitung „Nette Toilette“. Hierfür beantragen wir die Bereitstellung von 15.000 € -
Finanzierung: über Kürzung EKVO.

Haushaltsneutrale Anträge der Freien Wählerversammlung:

- Nach wie vor ist die Sanierung der Kreisstraße von Diegelsberg hinauf zur Aussichtsplattform dringend notwendig und wird von uns seit Jahren gefordert. Auch wenn der Grunderwerb hierfür in der Zuständigkeit der Straßenbauverwaltung liegt, bitten wir die Verwaltung, diese dabei mit allen Möglichkeiten zu unterstützen. Die Straße ist in einem schlimmen Zustand, der Beginn der Arbeiten muss zeitnah erfolgen.
- Das Gebiet Winkelmorgan in Sparwiesen ist im Flächennutzungsplan als Gewerbe/Mischgebiet ausgewiesen. Wir beantragen hier, die erforderlichen Schritte für die Weiterentwicklung einzuleiten.

- Die Bürger, vor allem aus Holzhausen, sprechen uns immer wieder in Sachen Hochwasser und Starkregen an. Wir bitten die Verwaltung um kontinuierliche Berichterstattung zum Stand der Vorsorge bzw. weiteren angedachten Maßnahmen.
- Gemeinsam sind wir stark, deshalb bitten wir die Verwaltung eine Nachfrage bei den Bürgern zu starten um freiwillige Unterstützungen Bsp. bei Patenschaften für Grünflächen, Containeranlagen ect. zu erhalten.

Haushaltsrede der CDU:

Für die CDU sprach die Fraktionsvorsitzende Sabine Braun.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wittlinger,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Uchingen,
meine verehrten Damen und Herren Zuhörer,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats
und sehr verehrte Vertreter der Presse.

Deutschland steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Wirtschaftliche Unsicherheiten, anhaltend hohe Energiepreise, geopolitische Spannungen und eine nach wie vor hohe Bürokratiebelastung fordern Politik und Gesellschaft gleichermaßen.

Die Wirtschaft muss weiter gestärkt werden. Investitionssicherheit, verlässliche Rahmenbedingungen und eine spürbare Entlastung des Mittelstandes bleiben zentrale Aufgaben. Nur mit einer starken Wirtschaft sichern wir Arbeitsplätze, Wohlstand und die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen.

Doch heute geht es um Uchingen.

Auch unsere Stadt steht 2026 vor erheblichen Herausforderungen. Die finanziellen Spielräume bleiben angespannt. Steigende Personalkosten, hohe Umlagen, wachsende Anforderungen im Sozial- und Bildungsbereich sowie Investitionen in Infrastruktur und Klimaanpassung prägen den Haushalt.

Der Haushalt Uhingens:

Auch in diesem Haushaltsjahr übersteigen die Ausgaben der Stadt Uchingen die Einnahmen. Im Vergleich zum Haushalt 2025 mit -270 Tsd.€ vergrößerte sich das Finanzloch auf -3.165.797 €.

Im Ergebnis Haushalt ist der

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ca. 46 Mio.€

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen beträgt ca. 50 Mio. €

Das ordentliche Ergebnis beträgt somit ca -3.8 Mio. €

Abzüglich der außerordentlichen Erträge von ca. 2.2 Mio. €

Somit liegt das Gesamtergebnis bei ca. - 1,7 Mio. €

Ursachen dieses Gesamtergebnisses sind ein schwaches Wirtschaftswachstum und Unsicherheit bei der Gewerbesteuer, die Auswirkungen vom Zensus 2022, der Anpassung der Einwohnerzahlen und die daraus folgende Berechnung der Schlüsselzuweisungen, ebenso wie die steigenden Lohnkosten und steigende außergewöhnliche Ausgaben, wie zum Beispiel die durch den Sanierungsstau des Hohenstaufen-Gymnasiums ausgelösten hohen Kosten von circa 1,8 Millionen € die ebenfalls auf die Kommunen umgelegt werden. Die Kreisumlage liegt bei fast 9,5 Mio. €, die Lohnkosten steigen um 1,1 Millionen € auf 18,3 Millionen € an.

Wir würden gerne ein paar Ereignisse aus dem Jahr 2025 hervorheben.

Mit der Bevölkerungsschutz -Einsatzmedaille wurden Uhinger Feuerwehrkameradinnen und Kameraden, stellvertretend für die rund 6000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vom Land für deren über 24 stündigen, teilweise tagelangen unermüdlichen Einsatz bei unserem Hochwasser und Starkregen 2024 zu recht ausgezeichnet. Uhingen hatte es besonders stark getroffen. Die Feuerwehr war Tag und Nacht unterwegs und hat an allen Ecken und Enden geschafft. Dafür herzlichen Dank und die Ehrung ist mehr als verdient.

Was längst überfällig war, ist die höhere monetäre Entschädigung für die Führungskräfte der Feuerwehr sowie die finanzielle Anerkennung für alle Kameradinnen und Kameraden durch den Gemeinderat. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat mehrheitlich hinter dieser Entscheidung stand.

Das Diegelsberger Feuerwehrmagazin wurde mit einem Fest am 1. Mai 2025 der Feuerwehr übergeben.

Ohne Ehrenamt geht vieles nicht mehr. Darüber sind wir uns im Klaren. Die Vereine und das Ehrenamt sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, daher hat der Gemeinderat als Wertschätzung unsere über 76 Uhinger Vereine mit einer höheren Vereinsförderung bedacht.

In Diegelsberg entstand ein wunderschöner Naturspielplatz und in Baiereck wurde der Schaukohlenmeiler eingeweiht.

Der Anbau an die Grundschule im Lindach, Holzhausen ist ebenfalls fertiggestellt

Haushaltsjahr 2026

Was wir seit 7 Jahren den Sparwiesern versprechen wird nun in die Tat umgesetzt.

Der Kindergarten für die Kinder wird neben der Grundschule gebaut.

Für die CDU-Fraktion war das nicht immer der ideale Platz. Bei der ersten Planung war der Garten wesentlich kleiner und das Gebäude stand direkt an der Straße. Wir hatten daher den alten Standort wie der Ortschaftsrat priorisiert, da dort der Garten einen wunderschönen alten Baumbestand hatte und wesentlich grösser war

Da nun der neue bebaubare Platz fast die gleichen Maße wie der alte Garten hat, leider ohne Baumbestand und auch nicht direkt an der Strasse steht, können wir dieser Bebauung nun zustimmen. Wir können uns auch eine Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule vorstellen, da im neuen Kindergarten für den Anfang Raum 4 nicht belegt wird.

Auch dieses Jahr werden wir von der Stadt Göppingen zur Sanierung des Hohenstaufengymnasiums mit 568.800 € zur Kasse gebeten. (im Jahr 24 waren es 375.088,65€, im Jahr 25 waren es 568.800€ und im Jahr 27 werden es 379.200€ sein.) Insgesamt sind dies stolze 1.896.000 € für Ausgaben eines verschleppten Sanierungsstaus der Stadt Göppingen. Die Stadt Uhingen hält ihre Kindergärten und Schulen immer auf einem guten Stand. Auch bei uns fallen laufende Kosten für Sanierungen an, so auch mit dem neuen Chemiesaal in Höhe von 300.000€. Auch in Uhingen sind Schüler der umliegenden Gemeinden und Städten. Das sollte sich die Stadt Göppingen mal zu Herzen nehmen.

Sollen wir nun auch die Städte und Gemeinden zur Kasse bitten, aus denen die Kinder die in unsere Schulen gehen, kommen? Wir stellen dies zur Diskussion.

Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass trotz dem engen Haushalt der Umweltschutz nicht vergessen wird. Auf Nachfrage wurde mir versichert, dass auf dem Feuerwehrmagazin und auf dem Bauhof Photovoltaikanlagen geplant sind. Für die Anlage bei der Feuerwehr sind dieses Jahr 80.000€ geplant.

Schon im HH 25 hat die CDU-Fraktion eine Reduzierung der Kosten für das Spinnweberei Areal beantragt. In diesem Jahr wurden noch 300.000€ im HH vermerkt. Dieses Jahr sind es nun 50.000€, aber im Jahr 2027 werden es wieder 300.000€ sein.

Dies führt uns zu unserem ersten Haushaltsantrag 2026:

Wir beantragen für 2026 und die weiteren Jahre, in denen wir keinen Investor für das Spinnweberei Areal haben, einen Sperrvermerk. Wir haben für die vielen Jahre in denen wir, die CDU-Fraktion schon im GR sind, noch nie bei einem Bauprojekt so viel Geld für Berater, Untersuchungen und Projekte ausgegeben wie für das IBA- Projekt Spinnweberei Areal. Allein seit 2021 ca. 844008,94 €. Nach Jahren - außer Spesen ist immer noch nichts gewesen.

Haushaltsantrag Nr. 2: WLAN in den Uhinger Kindergärten

Wir beantragen den WLAN - Anschluss der in einigen Kindergärten noch immer fehlt, fertigzustellen, da durch fehlenden WLAN Anschluss auch die Kindergarten App nicht funktionieren kann.

Haushaltsantrag Nr. 3: Initiative „Heimat kennt kein Alter – Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen“

Unsere Stadt mit rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist stark durch ihre sechs dörflich geprägten Stadtteile geprägt. Die Dörfer Baierack, Diegelsberg, Holzhausen, Nassach, Nassachmühle und Sparwiesen zeichnen sich durch ein lebendiges Vereinsleben, enge Nachbarschaften und eine hohe Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort aus.

Gleichzeitig zeigt sich auch bei uns deutlich der demografische Wandel. Viele Ortsteile sind von einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung betroffen. Für viele ältere Bürgerinnen und Bürger entsteht im Laufe der Zeit ein Problem: Wenn das eigene Haus oder die Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen im Alter entspricht und Unterstützung im Alltag notwendig wird, bleibt häufig nur der Umzug in eine Einrichtung außerhalb des eigenen Stadtteils oder sogar außerhalb der Stadt.

Für viele Menschen bedeutet dies den Verlust ihres gewohnten sozialen Umfelds – von Nachbarn, Freunden, Vereinen und vertrauten Strukturen. Gerade in dörflich geprägten Gemeinschaften ist dies ein erheblicher Einschnitt in die Lebensqualität.

Die CDU-Fraktion ist der Überzeugung, dass ältere Menschen die Möglichkeit haben sollten, auch im Alter in ihrem vertrauten Umfeld leben zu können. Betreute Wohnformen in den Stadtteilen können hierfür einen weiteren wichtigen Beitrag leisten. Kleinere, ortsnahe Angebote ermöglichen selbstständiges Wohnen mit bedarfsgerechter Unterstützung und erhalten gleichzeitig die soziale Einbindung im Dorf.

Mit der vorgeschlagenen Initiative soll die Stadt aktiv nach geeigneten Trägern – etwa Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Trägern, sozialen Unternehmen oder Wohnbaugenossenschaften – suchen und gemeinsam mit diesen Modelle für betreutes Wohnen in den Stadtteilen entwickeln. Denkbar sind dabei auch kleinere Einheiten oder generationenübergreifende Wohnprojekte, die sich in die bestehende Struktur der Stadtteile einfügen.

Die Initiative dient mehreren Zielen gleichzeitig:

- Stärkung der Lebensqualität älterer Menschen
- Erhalt der sozialen Strukturen in den Stadtteilen
- Entlastung von Familienangehörigen
- Zukunftssicherung der dörflichen Gemeinschaften

Gerade für eine Stadt unserer Größe ist es wichtig, frühzeitig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren. Mit der Initiative „Heimat kennt kein Alter – Betreutes

Wohnen in allen Stadtteilen“ soll daher ein wichtiger Schritt unternommen werden, um unseren Bürgerinnen und Bürgern auch im Alter ein Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Die CDU-Fraktion stellt deshalb folgenden Haushaltsantrag:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Initiative zur Gewinnung geeigneter Träger für Angebote des betreuten Wohnens in allen sechs dörflich geprägten Stadtteilen der Stadt zu starten. Ziel ist es, gemeinsam mit sozialen Trägern, Genossenschaften oder privaten Investoren Konzepte für kleinräumige, ortsnahe Wohnangebote für ältere Menschen zu entwickeln und deren Umsetzung aktiv zu begleiten.

Hierfür sollen im Haushaltsjahr Mittel für eine Konzept- und Standortprüfung sowie für Gespräche mit potenziellen Trägern und Investoren bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt zu prüfen, welche Förderprogramme von Bund, Land und der KfW für die Realisierung dezentraler Angebote des betreuten Wohnens in den Stadtteilen genutzt werden können.

Haushaltsantrag Nr. 4: Rückstellung für weitere Messungen und eine potentielle rechtliche Vertretung der Baierecker Bürgerschaft im Zusammenhang mit den Windkraftanlagen am Standort GP-05 Königseiche

Seit der Inbetriebnahme der beiden Windkraftanlagen am Standort GP-05 Königseiche bei Baiereck berichten Bürgerinnen und Bürger über wiederkehrende Belastungen und Beeinträchtigungen. Dazu zählen insbesondere wahrgenommene Geräuschemissionen.

Für die CDU-Fraktion steht außer Frage, dass die berechtigten Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden müssen. Gerade in einem dörflich geprägten Stadtteil ist das Vertrauen in die kommunalen Institutionen entscheidend. Die Menschen erwarten zu Recht, dass ihre Stadt sie unterstützt, wenn Zweifel bestehen, ob alle gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden oder ob Belastungen ausreichend geprüft wurden.

Um hier größtmögliche Transparenz und Rechtssicherheit zu schaffen, sind im Bedarfsfall weitere unabhängige Messungen und fachliche Bewertungen sinnvoll. Gleichzeitig muss die Stadt in der Lage sein, bei Bedarf auch rechtliche Schritte prüfen zu lassen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger kompetent vertreten zu können.

Die CDU-Fraktion beantragt deshalb eine Rückstellung von 45.000 Euro im Haushalt. Diese Rückstellung dient als Vorsorgeposition im Haushalt, um kurzfristig reagieren zu können, falls zusätzliche Gutachten oder rechtliche Beratung erforderlich werden. Eine solche Vorsorge stärkt die Handlungsfähigkeit der Verwaltung und signalisiert den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und die Stadt bereit ist, ihre Interessen aktiv zu vertreten.

Die Mittel werden nur bei tatsächlichem Bedarf in Anspruch genommen. Sollte sich im weiteren Verlauf zeigen, dass sie nicht benötigt werden, verbleiben sie im Haushalt.

Haushaltsantrag Nr. 5: Evaluierung einer Umnutzung der kommunalen Einrichtung Sandäckerweg 2 im Stadtteil Nassach

In der Vergangenheit ist es rund um die kommunale Einrichtung Sandäckerweg 2 im Stadtteil Nassach wiederholt zu Konflikten zwischen Bewohnern der Einrichtung gekommen, welche auch den örtlichen Verein sowie Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern in Mitleidenschaft gezogen haben. Dabei wurden insbesondere Verhaltensweisen geschildert, die von vielen Beteiligten als belastend und konfliktträchtig wahrgenommen werden. Dies hat in Teilen des Dorfes vermehrt und nun über einen längeren Zeitraum hinweg zu Verunsicherung und Spannungen geführt.

Gleichzeitig zeigt sich, dass der Standort der Einrichtung auch für die dort untergebrachten Bewohnerinnen und Bewohner nur eingeschränkt geeignet ist. Der dörflich geprägte Stadtteil verfügt über keine ausreichende Infrastruktur wie Einkaufsmöglichkeiten oder eine verlässliche Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Für Menschen, die auf eine gute Erreichbarkeit von

Angeboten des täglichen Lebens sowie auf soziale und betreuerische Unterstützung angewiesen sind, stellt dies eine erhebliche Einschränkung dar.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, den aktuellen Standort grundsätzlich zu überprüfen. Ziel einer solchen Prüfung soll es sein, die Situation für die Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtung zu verbessern, die Belastungen und Konflikte im Stadtteil zu reduzieren und eine Nutzung des Gebäudes zu prüfen, die besser zur dörflichen Struktur und zum sozialen Leben des Stadtteils passt.

Die CDU-Fraktion hält es für wichtig, hier ergebnisoffen und sachlich zu prüfen, ob eine Verlagerung der Einrichtung an einen besser geeigneten Standort – etwa mit besserer Infrastruktur und Betreuung – möglich ist und welche alternativen Nutzungen sich für das Gebäude im Stadtteil ergeben könnten.

Eine solche Prüfung dient sowohl dem Interesse der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner als auch dem Frieden und Zusammenhalt im Stadtteil. Gleichzeitig bietet sie die Chance, die kommunale Liegenschaft langfristig sinnvoll und standortgerecht weiterzuentwickeln.

Die CDU-Fraktion stellt deshalb folgenden Haushaltsantrag:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Umnutzung der kommunalen Einrichtung Sandäckerweg 2 im Stadtteil Nassach möglich ist. Hierbei sollen sowohl alternative Nutzungen für das Gebäude als auch mögliche geeignetere Standorte für die derzeit dort untergebrachte Einrichtung untersucht werden.

Haushaltsantrag Nr. 6: Sauberkeit und Vermüllung

Unser nächster Antrag befasst sich wieder mit dem leidigen Thema Müll.

Die zunehmende Vermüllung im Stadtgebiet und den Stadtteilen stellt ein wachsendes Problem für Umwelt, Stadtbild und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dar. Neben illegal entsorgtem Hausmüll nehmen auch wilde Müllablagerungen auf öffentlichen Flächen wie den Glascontainern, Grünanlagen und an den Straßenrändern sichtbar zu. Um diesem Problem kurzfristig und pragmatisch entgegen zu wirken, beantragen wir die Einstellung eines geringfügig Beschäftigten (Mini Job) der regelmäßig besonders betroffene Bereiche kontrolliert. Zu den Aufgaben sollen insbesondere gehören:

- Aufsammeln von kleineren Müllmengen auf öffentlichen Flächen
- Dokumentation und Meldung größerer wilder Müllablagerungen an die zuständigen Stellen - Weitergabe von Standort Informationen um eine zeitnahe Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb zu ermöglichen.

Durch diese Maßnahme kann das Stadtbild verbessert, Umweltbelastungen reduziert und die Reaktionszeit bei größeren Müllablagerungen verkürzt werden.

Wir beantragen die Prüfung und Umsetzung dieser Maßnahme und die Verfolgung und drastische Bestrafung der Müllsünder

Gesamtkosten pro Monat Ca. 700,€

Pro Jahr ca. 8600-9200 €

Wir halten an darüber hinaus an der Forderung fest, die letztes Jahr in Göppingen eingeführte Videoüberwachung an stark vermüllten Plätzen zu validieren und bei einem positiven Ergebnis eine Einführung in Uhingen und seinen Stadtteilen zu forcieren. Abschreckung und Kontrolle gehören ebenso dazu wie Aufklärung. Deshalb beantragen wir außerdem eine Erhöhung der Strafen mit einer entsprechenden Beschilderung mit den Strafen an stark vermüllten Plätzen.

Haushaltsantrag Nr. 7: für unseren Stadtteil Sparwiesen beantragen wir die Sanierung des öffentlichen Teils des Weges „Im Hof“. Der Weg weist zahlreiche Schlaglöcher auf, wodurch Unfallgefahr besteht.

Haushaltsantrag Nr. 8: Wir beantragen das Baugebiet Beckenhalde in Sparwiesen weiter zu verfolgen.

Haushaltsantrag Nr. 9:

Der Finanzmittel-Bedarf für 2026 ist über 1 Mio. € geringer als im Jahr 2025. Das zeigt, dass unsere Verwaltung gut haushaltet und schon einiges eingespart hat.

- Wir beantragen für das nächste Quartal eine Klausursitzung im Rahmen des aktuellen Ausgaben/ Einnahmen-Problems und die Konsolidierung durch Überprüfung der freiwilligen Leistungen und der Einnahmen-Seite im IHaushalt.

Mit Blick auf die kürzere Zeit des Haushaltsjahres haben wir uns auf die wichtigsten Anträge konzentriert.

Haushaltsantrag Nr. 10: IT-Stelle für KI-Tätigkeiten und damit zusammenhängende Einsparpotentiale

Künstliche Intelligenz bietet erhebliche Chancen zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion in der öffentlichen Verwaltung. Durch eine gezielte Nutzung können Arbeitsabläufe automatisiert, Bearbeitungszeiten verkürzt und Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass mindestens 50 % der Arbeitszeit der von der Verwaltung vorgeschlagenen zusätzlichen IT-Stelle für KI-bezogene Aufgaben eingesetzt werden. Dazu gehören insbesondere die Prüfung, Einführung und Evaluierung von KI-Anwendungen sowie die systematische Analyse von Einspar- und Effizienzpotenzialen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Über Ergebnisse und identifizierte Einsparpotenziale ist dem Gemeinderat regelmäßig zu berichten.

Eine klare Schwerpunktsetzung innerhalb der geplanten IT-Stelle stellt sicher, dass diese Potenziale systematisch geprüft und nutzbar gemacht werden.

Zum Abschluss möchten wir uns bei allen ehrenamtlich Engagierten, ganz herzlich bedanken. Der Einsatz in den Vereinen, bei der Feuerwehr und in den vielfältigen Bereichen auch in der Nachbarschaftshilfe ist von unersetzbarem Wert. Wir schätzen dieses große Engagement als wichtigen Beitrag für unsere Gemeinschaft und sagen nochmals danke.

Danke sagen möchten wir nun auch unserer Frau Vater mit ihrem Team für den umfangreichen Haushaltsplan, der immer als furchtbar schwere Kost zu lesen ist. Ebenso bedanken wir uns bei allen, die bei der Stadt Uhingen beschäftigt sind. Es spielt keine Rolle, welche Abteilung man aufsucht - man wird überall freundlich empfangen und unterstützt.

Herr Wittlinger, als krönenden Abschluss möchte sich die CDU Fraktion bei Ihnen ganz herzlich, für die gute Zusammenarbeit über die vielen Jahre, bedanken.

Haushaltsrelevante Anträge:

Nr. 1: die CDU - Fraktion beantragt für das Jahr 2026 und die Folgejahre, in denen wir keinen Investor für das Spinnweberei-Areal haben, für die eingesetzten Kosten einen Sperrvermerk.

2026 50.000 € Einsparung

Nr. 3: Initiative „Heimat kennt kein Alter – Betreutes Wohnen in allen Stadtteilen“

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Initiative zur Gewinnung Geeigneter Träger für Angebote des betreuten Wohnens in allen sechs dörflich geprägten Stadtteilen der Stadt zu starten. Ziel ist es, gemeinsam mit sozialen Trägern, Genossenschaften oder privaten Investoren Konzepte für kleinräumige, ortsnahe Wohnungsangebote für Ältere Menschen zu entwickeln und deren Umsetzung aktiv zu begleiten.

Hierfür sollen im Haushalt Mittel für eine Konzept- und Standortprüfung, sowie für Gespräche mit potenziellen Trägern und Investoren bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt zu prüfen, welche Förderprogramme von Bund, Land und KfW für die Realisierung dezentraler Angebote des betreuten Wohnens in den Stadtteilen genutzt werden können.

Nr. 4: Die CDU-Fraktion beantragt eine Rückstellung von 45.000€ für eventuelle weitere Messungen und eine rechtliche Vertretung der Baierecker Bürgerschaft im Zusammenhang mit den Windkraftanlagen am Standort GP-05 Königseiche.

Kosten 45.000€

Nr. 6: Wir beantragen die Einstellung eines geringfügig Beschäftigten (Mini-Job) der regelmässig besonders betroffene Bereiche der wilden Müllablagerungen kontrolliert.

Die Aufgaben wären:

- Aufsammeln von kleinen Müllmengen auf öffentlichen Flächen.
- Dokumentation und Meldungen größerer wilder Müllablagerungen an die zuständigen Stellen.
- weitergabe von Standort Informationen um eine zeitnahe Entsorgung durch den Entsorgungsbetrieb zu ermöglichen.

Kosten: pro Monat ca. 700€ ,
pro Jahr ca. 8600€ - 9200€

Wir halten an darüber hinaus an der Forderung fest, die letztes Jahr in Göppingen eingeführte Videoüberwachung an stark vermüllten Plätzen zu validieren und bei einem positiven Ergebnis eine Einführung in Uhingen und seinen Stadtteilen zu forcieren. Abschreckung und Kontrolle gehören ebenso dazu wie Aufklärung. Deshalb beantragen wir außerdem eine Erhöhung der Strafen mit einer entsprechenden Beschilderung mit den Strafen an stark vermüllten Plätzen.

Nr. 7: Sanierung des öffentlichen Teils des Weges im Hof.

Nicht haushaltsrelevante Anträge

Nr. 2: Wir beantragen WLAN Anschluss in allen Uhinger Kindergärten (incl. Stadtteilen)

Nr. 5: Evaluierung einer Umnutzung der kommunalen Einrichtung Sandäckerweg 2 im Stadtteil Nassach

Die CDU – Fraktion beantragt die Prüfung, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Umnutzung der kommunalen Einrichtung Sandäckerweg 2 im Stadtteil Nassach möglich ist.

Hierbei sollen sowohl alternative Nutzungen für das Gebäude als auch mögliche geeignete Standorte für die derzeit dort untergebrachte Einrichtung untersucht werden.

Nr. 8: Wir beantragen, das Baugebiet Beckenhalde im Stadtteil Sparwiesen weiter zu verfolgen.

Nr. 9: Wir beantragen für das nächste Quartal eine Klausursitzung im Rahmen des aktuellen Ausgaben / Einnahmen Problems und die Konsolidierung durch Überprüfung der freiwilligen >Leistungen und der Einnahmen Seite im Haushalt.

Nr. 10: Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass mindestens 50 % der Arbeitszeit der von der Verwaltung vorgeschlagenen zusätzlichen IT-Stelle für KI-bezogene Aufgaben eingesetzt werden. Dazu gehören insbesondere die Prüfung, Einführung und Evaluierung von KI-Anwendungen sowie die systematische Analyse von Einspar- und Effizienzpotenzialen durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Über Ergebnisse und identifizierte Einsparpotenziale ist dem Gemeinderat regelmäßig zu berichten.

Haushaltsrede der SPD:

Für die SPD sprach der Fraktionsvorsitzende Michael Lopin.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wittlinger,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gremium,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Uhingen,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

die Weltordnung scheint sich neu schreiben zu wollen. An allen Ecken und Enden der Welt sitzen Staatenlenker, die zunehmend autoritäre Züge annehmen. Das Völkerrecht ist nicht mal mehr eine Empfehlung, es wird einfach nicht beachtet, wenn Staaten wie Russland, Israel und die USA sich nur durch das Recht des Stärkeren in dieser Welt durchsetzen möchten und nicht mehr auf Diplomatie, Verhandlungen und Sanktionen gesetzt wird. Man möchte sich gar nicht vorstellen, was passiert, wenn auch China diese Auffassung zum Völkerrecht teilen wird und sich z.B. Taiwan mit Militärgewalt einzuverleiben versucht.

In Deutschland werden die Stimmen derer, die sich verloren fühlen und als Verlierer in diesem Umfeld sehen, immer mehr. Die Abstiegsangst ist zunehmend spürbar und greift durch Fake News immer mehr um sich. Der politische Anstand scheint in den letzten Jahren verlorengegangen zu sein. Man versucht sich nicht mehr mit Anstand, Moral, gesundem Menschenverstand und Argumenten zu präsentieren, sondern hängt dem Populismus nach. Dies

scheint auf den ersten Blick auch viel einfacher und bequemer zu sein. Die Folgen werden wir noch in den nächsten Jahren auch in Uhingen spüren. Am Ende ist nicht die sogenannte „hart arbeitende Mitte“ der Gewinner, sondern der große Verlierer. Errungenschaften, die in über 100 Jahren hart erkämpft wurden, wie etwa der 8-Stunden-Tag oder die Krankenversicherung, welche unser Land seit 1883 absichert, scheinen nicht mehr finanzierbar für die „hart arbeitende Mitte“.

Diese Veränderung ist im Landkreis Göppingen mit dem neuen Landrat bereits angekommen. Mit einem Haushalt, der seinesgleichen sucht, ist Herr Möller in die Haushaltsberatungen 2026 gezogen und hat einen sozialen Kahlschlag vorgeschlagen, dem sich am Ende die sogenannten Bürgerlichen mehrheitlich hingegeben haben. Es ist so einfach, bei denen zu kürzen, die sich nicht wehren können und die dann doch so wichtig als Säule für unsere Gesellschaft sind. Welche Auswirkungen dieser Haushalt im Landkreis für die Stadt Uhingen hat, können wir bisher nur erahnen.

Unter all den Veränderungen und Einflüssen rückt der Klimawandel und seine Auswirkungen in den Hintergrund und es scheint, als seien all die Ereignisse wie Hochwasser und Starkregen in Uhingen bereits wieder vergessen, und man geht zur Tagesordnung über.

Unter all diesen Einflüssen gilt es aber weiter in Uhingen Kurs zu halten, nicht die Augen vor den Realitäten zu verschließen und sich zukunftsicher aufzustellen. Der von der Verwaltung eingebrachte Haushalt zeichnet aber ein anderes Bild. Mit einem veranschlagten Ordentlichen Ergebnis von **-3.887.279,00 EUR** wird uns ein nicht ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Die Kämmerin bezeichnet den Haushalt immerhin als genehmigungsfähig und das nur aufgrund der hohen Rücklagen, die über Jahre angespart werden konnten. Dagegen wies das Jahr 2024 noch ein Jahresergebnis von **+2.844.242,57 EUR** aus. Damit sprechen wir von einer Verschlechterung von **-6.77 Mio. EUR**. Ein Ergebnis, das uns alle im Gremium zum Nachdenken anregen muss. Ein Haushalt 2026 kann so nicht verabschiedet werden. Die Schwerpunkte, die Bürgermeister Wittlinger in seiner Haushaltsrede setzt, sind nicht zielführend und wirken auch nicht anpackend oder gar richtungsweisend. In Kurzform könnte man diese auch wie folgt zusammenfassen: „Uhingen steht grundsätzlich solide da, muss aber angesichts steigender Kosten seine Finanzen konsolidieren, die Verwaltung modernisieren und gleichzeitig gezielt in Zukunftsbereiche investieren.“

Was bedeutet das übersetzt für Uhingen, wenn man in den von der Verwaltung eingebrachten Haushalt schaut:

- Wir greifen die Rücklagen an, um den Haushalt genehmigungsfähig zu bekommen.
- Wir finden keine Vorschläge zur Konsolidierung von Kosten und Finanzen, die Verwaltung zeigt nicht auf, wo Kostensenkung oder Anpassung von Gebühren geschehen sollen.
- Die Modernisierung der Verwaltung reduziert sich auf eine neue Struktur und im Aufbau von fast 10 Vollzeitstellen: dies alles, ohne einmal aufgezeigt zu bekommen, ob überhaupt und inwieweit überlegt wurde, Aufgaben so zu konsolidieren und effizient zu gestalten, dass es zu Synergien kommen kann.

Die SPD-Fraktion ist weiter davon überzeugt, dass ein Haushalt zukunftsfähig sein muss. Dies kann nur geschehen, wenn dieser mit einem Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem gestaltet wird.

Die SPD-Fraktion legt daher seit Jahren den Schwerpunkt auf die Themen:

- Optimale Ausnutzung der vorhandenen Gewerbeflächen proaktiv zu steuern und zu beeinflussen, um nicht laufend neue Flächen versiegeln zu müssen
- Klimaschutz aktiv in den Entscheidungen über Anträge zu berücksichtigen
- Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen

Die SPD-Fraktion möchte dies auch konkret im Haushalt verankert sehen und regelmäßig von der Verwaltung über die Abarbeitung der Themen informiert werden.

Ökonomie

Ökonomie ist ein wichtiger Baustein, um eine Stadt wie Uhingen auf sichere Beine zu stellen. Daher ist eine gesunde Entwicklung der Einnahmen, z.B. durch Gewerbesteuer und Einkommensteuer essentiell für eine Kommune wie Uhingen. Hier müssen wir ansetzen, Anreize und Möglichkeiten zu schaffen. Dabei dürfen die laufenden Kosten nicht aus dem Fokus geraten.

In Uhingen gibt es zwischenzeitlich mehr Flächen, die brachliegen, als uns lieb sein kann. Aber die Entwicklung der städtischen Flächen scheint sich bis auf den Ausweis von Neubaugebieten nicht zu bewegen.

Von Osten kommend liegt in der Römerstraße seit langem das Gelände des alten Sportplatzes brach und wird nicht entwickelt, obwohl die Stadtverwaltung immer wieder auf etliche Kaufinteressenten verweist, für die man solche Flächen benötigt. Wir stellen den **ANTRAG**, die **Gewerbeflächen** am **Oberen Wasen** verkaufsfähig zu erschließen.

Von Osten über die Ulmer Straße kommend liegen drei Projekte, die dringend entwickelt werden müssen. Zum einen sorgt sich die SPD-Fraktion um die Verwertung des Allgaier Geländes, hier gibt es keinerlei Informationen der Verwaltung zu aktuellen Ständen der Entwicklung noch gibt es erkennbare Aktionen der Verwaltung am Markt. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, einen schriftlichen Bericht über die aktuellen Aktionen in Bezug auf die **Vermarktung des Allgaier Geländes** zu erhalten. Weiter soll die Verwaltung darstellen, wie auch die **Stadt Uhingen** die **Vermarktung** des Geländes **unterstützen** kann.

Ein Stück am Allgaier Gelände vorbei kommen die von der Stadt Uhingen erworbenen Flächen des ehemaligen Bauunternehmens Kielkopf. Da der Gemeinderat beschlossen hat, die Förderung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen, stellt die SPD-Fraktion den **ANTRAG**, im Bereich der **Ulmer Straße** die neu erworbenen Flächen mit **städtischen Wohnungen** zu bebauen. Diese Wohnungen sollen zum Teil als bezahlbarer Wohnraum ausgewiesen werden. Ein anderer Teil soll Uhingerinnen und Uhingern zur Verfügung gestellt werden, die Wohnraum freimachen wollen, weil er für sie als Einzelpersonen oder Paare überdimensioniert geworden ist. In diese freigewordenen Wohnräume können dann junge Familien und Paare aus Uhingen einziehen.

Noch ein Stück weiter die Ulmer Straße entlang liegt das Gelände der ehemaligen Spinnweberei Uhingen. Hier hätte ein Stück neues urbanes Uhingen entstehen können - ein IBA 2027 Projekt. Heute im März 2026 liegt das Projekt brach, keine Idee der Uni Graz wurde umgesetzt, keine Investoren, die diese Ideen verwirklichen möchten stattdessen aktuell Anfragen von Interessenten für völlig andere Nutzungen, die weder den Willen des Gemeinderats noch die Ideen der Bürgerbeteiligung widerspiegeln. Nun gilt es die Reißleine zu ziehen. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, die **Entwicklung der Spinnweberei Uhingen** zu einem IBA-Projekt zu **stoppen** und das Gelände als Gewerbegebiet auf den Markt zu bringen, um wieder Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen.

Die Verwaltung wurde vom Gemeinderat im Jahr 2023 beauftragt, eine **neue Organisationsstruktur** zu entwickeln. Dies sollte zu einer **effizienten, modernen, zukunftsorientierten** Aufstellung der **städtischen Verwaltung** führen. Nun haben wir das Ergebnis in Form des Stellenplans im Haushalt 2026 mitgeteilt bekommen. Die SPD-Fraktion **BEANTRAGT** einen **Sperrvermerk** für die eingebrachte **Personalbewertung**. Die Verwaltung soll dezidiert darstellen, welche Stelle welche Aufgabenveränderung bekommen hat, die zu einer Höherstufung der einzelnen Einschätzungen geführt hat. Auch kann die SPD-Fraktion der vorgeschlagenen Stellenerhöhung in der dargestellten Form nicht zustimmen und stellt den **ANTRAG**, die **Mittel** für die **Personalaufstockung** in vollem Umfang **zu streichen**. Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung vielmehr auf, erst einmal die unbesetzten Stellenanteile für die notwendige Umstrukturierung zu besetzen. Diese sind im Gutachten der Imaka und im Haushalt entsprechend ausgewiesen und müssen für die erforderliche Neuaufstellung der Verwaltung zuerst herangezogen werden. Erst wenn die Arbeit in diesen aktuell bestehenden, aber unbesetzten Stellen aufgenommen wurde, lässt sich evaluieren, wie effizient die Aufgaben erledigt werden. Daraufhin kann überprüft werden, ob ein weiterer Stellenbedarf darüber hinaus überhaupt besteht. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, dass die Verwaltung eine Aufgabenkritik entwickeln soll, in der die Aufgaben geclustert werden und Effizienzmöglichkeiten dargestellt und zusammengefasst werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir darauf hinweisen, dass der Gemeinderat im Vorgriff auf die nun vorgestellte Organisation immer wieder Stellen und Stellenanteile von weit über 10 Stellenanteilen genehmigt und freigeben hat. Dabei war immer klar, dass sich die Verwaltung auch um die Effizienz in den Abläufen und Prozessen kümmert.

Weiter stellt die SPD-Fraktion den **ANTRAG**, einen **Kostenanteil** für den **neuen Chemiesaal** bei den **Nachbarkommunen einzufordern** und bei Ablehnung klageweise durchsetzen. Dies hat die Stadt Geislingen erfolgreich bei Nachbarkommunen getan, was dazu führt, dass die Stadt Uhingen sich heute an den Kosten der Sanierung des Hohenstaufen Gymnasium beteiligen darf.

Weiter bitten wir die Stadtverwaltung, sich Gedanken über weitere Kosteneinsparungen, wie z.B. Lizenzkosten im Bereich der IT, zu machen. Hier sollte überlegt werden, ob nicht auch kostenfreie oder kostengünstige Produkte genutzt werden können. Viele Bundesländer sind dabei auf Produkte der Linux-Welt umgestiegen- auch um der Datenkrake Microsoft zu entgehen. Diese legt bekanntermaßen alle Daten gegenüber der US-Regierung offen. Dies gilt auch für Server, die in Deutschland gehostet sind.

Ökologie

In Zeiten der Unsicherheit gilt es Sicherheit zu geben und die positiven Dinge in der Gesellschaft zu betonen. Dass diese Entscheidung nicht einfach ist, zeigen auch die Diskussionen im Gemeinderat. Ist ein Baum wichtiger als eine Straße, eine Gewerbefläche oder eine Nachverdichtung für Wohnen? Wollen wir Photovoltaik am Rande der B10 oder an der Bahnstrecke oder doch lieber in der freien Natur? Eins wird uns alle betreffen: Das Klima wird sich ändern. Was jetzt noch als Wetterkapriolen bezeichnet wird, wird sich langfristig verändern. Daher gilt es auch, das Mikroklima in Uhingen zu schützen.

Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, eine **Baumschutzsatzung** zu erlassen.

Trotz der im Haushalt 2025 schon zum Ausdruck gebrachten Freude über die vom Gemeinderat geschaffenen und mit Frau Drahm besetzten Stelle der Klimamanagerin bekommen wir leider wenig über diese wichtige Arbeit mit. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, zweimal im Jahr

einen **Bericht der Klimamanagerin** Frau Drahn im Gemeinderat zu erhalten, um über die Entwicklung der Themen im Bereich des Klimaschutzes in Uhingen informiert zu sein.

Die Elektromobilität ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstoßes vor Ort. Sie muss daher weiter im Ausbau unterstützt werden. Mit den Ladesäulen im Bereich des Bahnhofs sind erste Schritte gemacht worden, die Elektromobilität zu unterstützen. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, im **Bereich des Uditoriums** weitere **Ladesäulen aufzustellen**, die gemäß der TA-Lärm in Misch- oder Wohngebieten zugelassen sind. Hier sind auch schon Ladesäulen mit 11, 22 oder 50 KW Ladeleistung ausreichend.

Aber nicht nur der Autoverkehr hat Zukunft, auch das Fahrrad soll ein Teil der neuen Mobilität in unserer Gesellschaft werden. Das E-Bike oder Pedelec hat im Bereich der Freizeit schon einen großen Stellenwert eingenommen. Daher ist der **Radverkehr ein wichtiges Anliegen** der SPD-Fraktion. Dies haben wir in den letzten Jahren durch zahlreiche Anträge schon zum Ausdruck gebracht. Leider konnten wir für diese Anträge entweder nicht immer die notwendigen Mehrheiten erreichen oder aber wurden die Anträge trotz eines Beschlusses im Gemeinderat von der Verwaltung nicht mit Nachdruck umgesetzt. Wir wollen als SPD-Fraktion aber nicht nachlassen, Anträge für einen gut ausgebauten Radverkehr zu stellen und damit die Radinfrastruktur in Uhingen für die Uhingerinnen und Uhinger besser und sicherer zu machen. Wir stellen den **ANTRAG**, mit dem Straßenbaulastträger der L1225 Kontakt aufzunehmen und die Sanierung der Straße zwischen Holzhausen und Uhingen zeitnah anzugehen. Dabei soll dort im Zuge der Sanierung ein von der Straße **abgetrennter Radweg** auf beiden Seiten entstehen. Dieser soll dann in die Radschutzstreifen auf der L1225 innerorts übergehen.

Aber auch der **überregionale Radverkehr** soll nach der Vorstellung der SPD-Fraktion in das Radwegenetz in Uhingen eingebunden werden. Dies soll geschehen, ohne große Flächen neu zu versiegeln, Gewässerrandstreifen zu bebauen und gleichermaßen unnötige wie kostspielige Bauwerke in Uhingen zu erstellen. Wir stellen erneut den **ANTRAG** zu prüfen, inwieweit Flächen entlang der Bahntrasse Stuttgart – Ulm auf Höhe der alten Allgaier Werke erworben werden können. Hier soll ein Teil des **überregionalen Radverkehrs durch Uhingen** geführt werden - mit einer Verkehrsführung durch die Obere Bahnhofstraße, welche zur Fahrradstraße werden soll, und mit einem Anschluss der Bahnhofstraße an die Plochinger Straße.

Der Lärmaktionsplan, wie dieser von dem Planer vorgeschlagen wurde, hat im Uhinger Gemeinderat leider keine Mehrheit finden können. Hier ist es für die SPD-Fraktion und insbesondere für die vom Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Anwohner aber durchaus von Interesse, wie die zuständigen Behörden mit dieser Empfehlung umgehen.

Soziales

Das Engagement jedes Einzelnen, der sich in seiner Freizeit ehrenamtlich engagiert, ist der Kitt der unsere Gesellschaft zusammenhält. Unabhängig davon, wo oder in welchem Verein sich jemand einbringt, wichtig ist es die Gemeinschaft zu leben und das unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Herkunft, Sprache oder Behinderung.

Die SPD-Fraktion begrüßt es daher, dass die Verwaltung und der Gemeinderat sich gemeinsam mit dem KSA aufgemacht haben, die Vereinsfinanzierung auf neue Beine zu stellen. Dies darf in finanziell schlechten Zeiten nicht in Sparen und Streichen enden. Ein Hauptaugenmerk soll auf Vereinen liegen, die sich besonders in der Jugendarbeit engagieren und eine eigene Infrastruktur betreiben. Diesen muss eine besonders Bedeutung zukommen.

Damit Vereine sich aber auch außerhalb eigener Gebäude und Hallen entfalten können, ist es wichtig, die richtigen Flächen anzubieten. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, den Ansatz für den Bau eines **neuen Kunstrasenplatzes** in den Haushaltsjahren 2027 und 2028 **zu streichen**.

Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, die Planung einer neuen **ballsporttauglichen Halle im Bereich der Hierberschule**, wie bereits einmal durch das Bauamt dargestellt, weiterzuverfolgen, damit der Druck auf die Hallenbelegungen während der Schulzeit und in den Freizeitstunden genommen werden kann.

Wie eingangs bereits ausgeführt macht sich die SPD-Fraktion große Sorgen, welche Auswirkungen der Kahlschlag von Sozialleistungen im Landkreis in Zukunft auch in Uhingen haben wird. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, in einer Vorlage darzustellen, wie die bisherigen **Zuschüsse des Landkreises Göppingen** nach Uhingen geflossen sind. Es ist darzustellen, für welche Leistungen sie geflossen sind, sowie die Höhe der Mittel in Euro. Weiter soll die Vorlage die Leistungen, welche dem Kahlschlag zum Opfer gefallen sind und deshalb ab dem Haushalt 2027 durch die Stadt getragen werden müssen, in Euro darstellen.

Hier möchte die SPD-Fraktion besonders an die Worte der Mitglieder und Vertreter der Lokalen Agenda 21 erinnern. Dabei sollen den Worten der Haushaltsrede von Herrn Bürgermeister Wittlinger Taten folgen: Die Stellenanteile der Lokalen Agenda 21 sollten umgehend besetzt werden, um die wichtige Funktion der Lokalen Agenda 21 in Uhingen zu erhalten und weiter spannende Aktionen und Veranstaltungen in Uhingen zu haben.

Weiter möchte die SPD-Fraktion, dass es mit dem Bahnhofsumfeld weitergeht. Die SPD-Fraktion stellt den **ANTRAG**, dass die **Planung für die Bahnunterführung** in das Haushaltsjahr 2026 vorgezogen wird. Es muss endlich möglich sein, beide Gleise nach Stuttgart und nach Ulm barrierefrei mit einem Aufzug zu erreichen oder so weit zu öffnen, dass eine lichtdurchflutete und barrierefreie Unterführung unter den Gleisen entsteht.

Gerne möchte ich zum Abschluss noch zwei Dinge anbringen, die im Grunde nach keine Anträge werden sollen, aber beide zu einem besseren Überblick führen könnten. Daher bitten wir die Verwaltung, die Beschilderung des K1, wie uns zum Haushalt 2025 versprochen, nicht am Gebäude anzubringen, sondern vor dem Gebäude sichtbar als Wegweiser zum Haus.

Auch wünschen sich viele der Zuhörer im Gemeinderat, nicht nur zuzuhören, sondern auch hin- und wieder mit zuzusehen. Daher bitten wir, die Tagesordnung und die Vorlagen während der Gemeinderatssitzung am Beamer anzuzeigen.

Wasserversorgung der Stadt Uhingen

Für den Wirtschaftsplan der Wasserversorgung signalisieren wir Zustimmung.

Abschließend möchte sich die SPD-Fraktion bei der gesamten Verwaltung mit all ihren Mitarbeitenden ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit und für das Engagement im Jahr 2025 bedanken.

Besonders bedanken möchte sich die SPD-Fraktion bei allen Uhingerinnen und Uhingern - vor allem bei denen, die sich aktiv in und für Uhingen engagieren und einbringen: bei Vereinen, der Feuerwehr, der Lokalen Agenda, den Kirchen, den sozialen Einrichtungen, in der Nachbarschaft

und in vielen weiteren Bereichen. Sie alle braucht es, um Uhingen ein Stück liebens- und lebenswerter zu machen.

Danke.

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltswirksame Anträge

Antrag

Wir beantragen, die Gewerbeflächen am Oberen Wasen verkaufsfähig zu erschließen.

Begründung

Nach Informationen der Verwaltung besteht in Uhingen eine hohe, nicht näher ausgeführte Nachfrage nach schnell zu bebauenden Gewerbegrundstücken, um einen entsprechenden Bedarf am Markt zu decken.

Finanzierung

Der Kauf der Grundstücke am Oberen Wasen vom Zweckverband Uhinger Wasserversorgung ist nach dem Informationsstand der SPD-Fraktion abgeschlossen. Die Kosten der Erschließung müssen entsprechend der üblichen Verfahren auf die Käufer umgelegt werden.

Antrag

Die dieses Jahr neu erworbenen Flächen an der Ulmer Straße sollen mit städtischen Wohnungen bebaut werden. Diese Wohnungen sollen zum Teil als bezahlbarer Wohnraum ausgewiesen werden. Ein anderer Teil soll Uhingerinnen und Uhingern zur Verfügung gestellt werden, die Wohnraum freimachen wollen, weil er für sie als Einzelpersonen oder Paare überdimensioniert geworden ist. In diese freigewordenen Wohnräume können dann junge Familien und Paare aus Uhingen einziehen.

Begründung

Es ist in Uhingen schwierig, bezahlbaren Wohnraum oder überhaupt frei werdenden Wohnraum zu erhalten. Daher soll die Stadt Anreize schaffen, dass bestehender Wohnraum, der für alleinlebende Personen oder Paare zu groß geworden ist, z.B. durch Verkauf freigemacht wird und diese Personen dann in Miete leben können.

Finanzierung

Die Mittel sollen zum Teil aus den Zuschüssen des Bundes (Sondervermögen) genommen werden. Außerdem soll ein Bauträger für sozialen Wohnungsbau die weitere Finanzierung und den Bau übernehmen.

Antrag

Die Entwicklung der Spinnweberei Uhingen als IBA-Projekt soll gestoppt werden. Das Gelände soll als Gewerbegebiet vermarktet werden.

Begründung

Hier hätte ein Stück neues urbanes Uhingen entstehen können - ein IBA-Projekt 2027. Heute im März 2026 liegt das Projekt brach, keine Idee der Uni Graz wurde umgesetzt, keine Investoren,

die diese Ideen verwirklichen möchten - stattdessen aktuell Anfragen von Interessenten für völlig andere Nutzungen, die weder den Willen des Gemeinderats noch die Ideen der Bürgerbeteiligung widerspiegeln. Nun gilt es die Reißleine zu ziehen.

Finanzierung

Eingesparte Haushaltstitel 2026 (51.10.09)

Antrag

Sperrvermerk für die neue Personalbewertung im Stellenplan setzen. Die Verwaltung soll darstellen, welche Stellen welche Aufgabenänderung erhalten haben, die zu einer Höherstufung der einzelnen Einschätzungen geführt hat. Weiter soll für jede Stelle die Entwicklung von der Stellenbesetzung bis heute dargestellt werden.

Begründung

Der Gemeinderat kann auf Basis der vorgelegten Informationen nicht nachvollziehen, wie es bei so vielen Stellen zu Höherstufungen bzw. Umgruppierungen kommen kann. Daher muss von der Verwaltung dargestellt werden, wie sie die einzelnen Stellen entwickelt haben und ob dies durch eine Konsolidierung von Aufgaben vermieden hätte werden können.

Finanzierung

Eingespart im Haushaltstitel 2026

Antrag

Die Mittel für die Personalaufstockung vollständig streichen. Die Verwaltung wird beauftragt, die unbesetzten Stellenanteile für die Umstrukturierung zu nutzen.

Begründung

Der Gemeinderat kann auf Basis der vorgelegten Informationen nicht erkennen, ob und inwieweit die Möglichkeiten der vorhandenen Stellen ausreichen, um eine Umstrukturierung zu unterstützen. Weiter wurde in der neuen Organisationsstruktur nicht durch eine Aufgabenkritik ausreichend geprüft, wie sich Aufgaben sinnvoll clustern lassen und wo es noch Effizienzmöglichkeiten gibt.

Finanzierung

Eingespart im Haushaltstitel 2026

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Aufgabenkritik zu erarbeiten. In diese soll in Aufgaben geclustert und Effizienzmöglichkeiten erarbeitet und zusammengefasst werden.

Begründung

Der Gemeinderat kann auf Basis der vorgelegten Informationen nicht erkennen, inwieweit hier tatsächlich Maßnahmen zur Aufgabenzusammenlegung und Effizienzsteigerung erarbeitet worden sind. Diese sind für eine neue Organisation aber zwingend.

Finanzierung

Durch die eingesparten Haushaltstitel 2026 im Bereich der Personalkosten.

Antrag

Bei den Nachbarkommunen muss ein Kostenanteil für den neuen Chemiesaal eingefordert werden. Bei Ablehnung soll dieser klageweise durchgesetzt werden.

Begründung

Die Stadt Uhingen hält die Immobilien auf einem hohen Niveau instand. Dadurch ist es im Regelfall nur bei Erweiterungen notwendig, in die Gebäudeinfrastruktur zu investieren. Die ausbleibenden großen Sanierungen werden jetzt zum Problem der Stadt Uhingen. Die Stadt Geislingen hat gezeigt, dass ein solcher Weg positiv sein kann. Auf Basis der Klage der Stadt Geislingen gegen die Umlandgemeinden zahlt heute die Stadt Uhingen einen Anteil der Sanierung des Hohenstaufen-Gymnasiums in Göppingen.

Finanzierung

Mittelzufluss durch die Umlandgemeinden.

Antrag

Im Bereich des Uditoriums sollen zusätzliche E-Ladesäulen installiert werden. Die Ladeleistung kann 11 kW, 22 kW oder 50 kW betragen, da diese erfahrungsgemäß für kurze Aufenthalte innerhalb von Uhingen ausreichend sein können.

Begründung

Im Zuge des Ausbaus der Elektromobilität ist es notwendig, dass die Anbieter von Ladeinfrastruktur die notwendigen Plätze bekommen, die auch für die Stadt Uhingen mit Einzelhandel, Ärzten und Gastronomie einen Mehrwert schaffen.

Finanzierung

Die Infrastruktur soll wie am Bahnhof durch einen Dienstleister wie z.B. die EnBW erstellt und betrieben werden.

Antrag

Wir beantragen, dass die Verwaltung mit dem Baulastenträger der L1225 Kontakt aufnimmt zur Priorisierung der Sanierung am Ortsausgang Holzhausen. In diesem Zug soll zwischen dem Ortsteil Holzhausen und der Stadt Uhingen ein von der Straße abgetrennter Radweg auf beiden Seiten erstellt werden. Dieser Radweg soll in die bereits beschlossenen Radschutzstreifen übergehen, sodass bei einem zukünftigen Ausbau der Schorndorfer Straße der Radweg sowohl in Uhingen als auch in Holzhausen fortgeführt werden kann.

Begründung

Im Zuge des Ausbaus des Radwegenetzes in Uhingen ist es notwendig, sichere Radverbindungen zur Verfügung zu stellen. Nur so können die Wege des täglichen Lebens, z.B. zu Ärzten, Apotheken, Bäckern, Verbrauchermärkten, Einzelhandelsgeschäften, Turn- und Sporthallen, zum Frei- und Hallenbad und Sportplätzen für Radfahrende sicher nutzbar sein. Dies gilt es beim Ausbau eines Uhinger Radwegenetzes unbedingt zu berücksichtigen.

Finanzierung

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Kosten in voller Höhe durch den Straßenbaulastträger zu tragen sind.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu erarbeiten, wie die Flächen entlang der Bahntrasse Stuttgart – Ulm der ehemaligen Allgaier Werke erworben werden können. Diese Flächen sollen gemeinsam mit dem Landratsamt Göppingen für den überregionalen Radverkehr entwickelt werden. Es soll in diesem Zusammenhang erarbeitet werden, ob eine mögliche überregionale Radverkehrsverbindung entlang der Bahn auf Höhe Autohaus Burger-Schloz über die obere Bahnhofstraße in die Plochinger Straße, parallel zur Stuttgarter Straße bis zum Obi-Kreisel mit Querung zum Radweg am Epplersee dargestellt werden kann.

Begründung

Mit dem möglichen Erwerb von Flächen auf dem Gelände der ehemaligen Allgaier Werke GmbH kann Uhingen an ein überregionales Radwegenetz angeschlossen werden. Eine Trassenführung durch Uhingen entlang der Bahn und am Bahnhof ist ein Mehrwert für Uhingen.

Finanzierung

Die Planung und Finanzierung müssen mit dem Landratsamt abgestimmt und dargestellt werden. Die Mittel müssten vom Land Baden-Württemberg kommen. In Summe gehen wir davon aus, dass sich der vorgeschlagene Radweg aus vorhandenen Fördermitteln von Bund, Land und Landkreis finanzieren lässt.

Antrag

Der Ansatz für den Bau eines neuen Kunstrasenplatzes in den Haushalten 2027 und 2028 ist zu streichen.

Begründung

In Zeiten eines enger werdenden Haushalts dürfen Investitionen nicht nur einzelnen Interessengruppen dienen, wie hier dem Fußball, sondern müssen eine größere Anzahl von Gruppen einbinden, wie dies z.B. beim Neubau einer ballsporttauglichen Halle der Fall wäre.

Finanzierung

Eingespart im Haushaltstitel 2026 (742410204000)

Antrag

Die Planung einer neuen ballsporttauglichen Halle im Bereich der Hieberschule soll weiterverfolgt werden. Das Bauamt hat dem Gemeinderat hierzu schon einmal Planungen vorgelegt.

Begründung

Ziel soll die Entlastung der Hallenbelegung in den bestehenden Hallen sein. Die Nutzung ist dann für Schulen und Vereine eine große Entlastung zur aktuellen Situation.

Finanzierung

Durch die Planung mit eigenem Personal fallen hierzu im laufenden Haushalt keine Kosten an.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage zu erarbeiten, in der die bisher geflossenen Zuschüsse des Landkreises Göppingen nach Uhingen dargestellt werden. Es ist darzustellen, für welche Leistungen sie geflossen sind und die Höhe der Mittel in Euro. Weiter soll die Vorlage die Leistungen, welche dem Kahlschlag zum Opfer gefallen sind und ab dem Haushalt 2027 durch die Stadt getragen werden müssen, in Euro darstellen.

Begründung

Die Streichung der Mittel wird finanzielle Belastungen in künftigen Haushalten von Uhingen mit sich bringen. Diese müssen bekannt sein, damit bereits im Haushaltsjahr 2026 eine Diskussion vor der Haushaltseinbringung 2027 erfolgen kann.

Finanzierung

Durch die Bearbeitung mit eigenem Personal fallen hierzu im laufenden Haushalt keine Kosten an.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der barrierefreien Bahnunterführung in das Haushaltsjahr 2026 vorziehen.

Begründung

Hier soll eine Situation geschaffen werden, die es möglich macht, beide Gleise nach Stuttgart und nach Ulm barrierefrei mit einem Aufzug zu erschließen oder so weit zu öffnen, dass eine lichtdurchflutete barrierefreie Situation unter den Gleisen entsteht.

Finanzierung

Durch die Planung mit eigenem Personal fallen hierzu im laufenden Haushalt keine Kosten an.

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, weiter digitale Anzeigetafeln zu beschaffen die zur Geschwindigkeitsüberwachung dienen.

Begründung

Es ist oft zielführender auf seine Geschwindigkeit hingewiesen zu werden, als nur die Geschwindigkeit mit Blitzern oder Lasern zu überwachen.

Finanzierung

Die Finanzierung soll aus dem laufenden Haushalt erfolgen.

Nicht Haushaltswirksame Anträge

Antrag

Die Verwaltung soll einen schriftlichen Bericht über die aktuellen Aktivitäten zur Vermarktung des Allgaier-Geländes vorlegen.

Zusätzlich soll dargestellt werden, welche Maßnahmen aktuell laufen und wie die Stadt Uhingen die Vermarktung unterstützen kann.

Begründung

Das Gelände der ehemaligen Firma Allgaier-Werke ist essenziell in Größe, Lage und damit Bedeutung für das Wachstum im Bereich der Gewerbeansiedlungen in Uhingen. Dies darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Hier hat die Stadt die Verantwortung, auch für die Uhingerinnen und Uinger zukunftsfähiges Gewerbe nach Uhingen zu holen.

Finanzierung

Entfällt

Antrag

Wir beantragen den Erlass einer Baumschutzsatzung für die Stadt Uhingen, um die Voraussetzungen festzulegen, unter denen Bäume gefällt werden dürfen. Diese soll sowohl öffentliche als auch private Flächen umfassen. Waldflächen sind auszunehmen, da diese separat geregelt sind.

Begründung

Damit soll der für das Stadtbild und das Stadtklima wichtige ausgewachsene Baumbestand geschützt werden.

Finanzierung

Entfällt

Antrag

Die Klimamanagerin Frau Drahn soll dreimal jährlich im Gemeinderat über ihre Arbeit sowie die laufenden Themen und Ergebnisse berichten.

Begründung

Die Stelle wurde geschaffen, um in der Stadt Uhingen das wichtige Thema Klimawandel und Klimaveränderung im Auge zu behalten, entsprechende Maßnahmen daraus abzuleiten und in den Haushalt und die Arbeit des Gemeinderats einfließen zu lassen. Damit der Gemeinderat diese Arbeit berücksichtigen kann, ist er darüber zu informieren.

Finanzierung

Entfällt

Haushaltsrede der UBU:

Für die UBU sprach der Fraktionsvorsitzende Frank Benkart.

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
Sehr geehrter Bürgermeister Wittlinger,
Sehr geehrte Einwohnerschaft,
Sehr geehrter Pressevertreter,

Uhingen - Liebens- & lebenswert.

Wenn die Flughöhe stimmt, kann man zu diesem Ergebnis kommen. Unsere Aufgabe ist es jedoch genauer hinzusehen, zu analysieren, zu bewerten, zu entscheiden, um Uhingen weiterzuentwickeln.

Wir, der Uhinger Stadtrat, legt damit die Leitplanken fest, damit die Stadtverwaltung die passende Richtung einschlägt für die Umsetzung unserer Beschlüsse.

Der diesjährige Haushalt ist ein Pflichthaushalt. Durch die erneute sehr späte Einbringung des Haushaltes, bleibt auch in diesem Jahr nicht viel Zeit, Uhingen zu entwickeln. So können wir im Mai mit einem genehmigten Haushalt rechnen. Dann erst kann das reguläre Haushaltsjahr beginnen, denn bisher ist in Uhingen die Handbremse angezogen.

Was nach Weiterentwicklung ausschaut, sind Vorhaben und Projekte aus dem Vorjahr, welche fortgeführt werden können auch ohne einen genehmigten Haushalt für das laufende Jahr 2026.

Die Haushaltseinbringung von Herrn Bürgermeister Wittlinger thematisiert im Wesentlichen drei Bereiche:

- Konsolidierung
- Organisationsuntersuchung
- Investitionen in die Zukunft

Die Konsolidierung des Haushaltes überrascht nicht, wenn man sich den Haushalt und die Folgejahre ansieht.

Wir haben kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Dies haben wir bereits in den Vorjahren thematisiert. Entsprechenden Anträge hatten wir dazu gestellt, nun ist die Zeit reif, diese Anträge erneut zu beraten.

Konsolidierung darf dabei nicht durch die Einsparung von Ausgaben erfolgen, denn dies bedeutet Rückschritt. Konsolidierung muss durch Erhöhung der Einnahmenseite erfolgen.

Der einfachste Weg die Einnahmenseite zu stärken, ist die Erhöhung von Gebühren und Steuern. Dieser Ansatz ist jedoch endlich. Daher gilt es Ideen und skalierbare Lösungsansätze im Gemeinderat zu entwickeln.

Die Gewerbesteuer ist eine Säule der Kommunalfinanzierung. Eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes muss jetzt erfolgen. Dabei darf die Attraktivität nicht durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer beeinträchtigt werden.

Der stetige Verkauf von Bauland sichert zwar den Haushalt und führt zu mehr Einnahmen bei der Grundsteuer, ist letztlich jedoch auch endlich.

Wir sind uns sicher, dass wir gemeinsam einen Weg finden, die Einnahmen der Stadt Uhingen nachhaltig zu steigern.

Seit 2023 beschäftigt sich die Stadtverwaltung mit einer Organisationsentwicklung, um die Verwaltung fit für die Zukunft aufzustellen. Dies haben wir in der Vergangenheit mit entsprechenden Anträgen angeregt und unterstützt.

Dem Gemeinderat wurde nun der erste Teil, die Organisationsuntersuchung vorgestellt. Mit der Beratungsfirma IMAKA, wurde der aktuelle Aufgabenumfang beleuchtet und mit der zur

Verfügung stehenden Personalkapazität abgeglichen. Das Ergebnis weist einen Mangel an 9,42 Stellen auf.

Den Ergebnisbericht von IMAKA haben wir intensiv durchgearbeitet.

Bereits in den Vorjahren sind wir darauf eingegangen, dass nicht nur der steigende Aufgabenumfang zu diesem Personalmangel geführt hat, sondern auch Effektivität, Effizienz und Führung eine erhebliche Rolle spielen. Dies wurde auch von IMAKA in ihrem Bericht dargestellt. Um die Organisationsentwicklung nachhaltig zu gestalten, ist es unvermeidlich auch eine Prozessuntersuchung durchzuführen. Dies soll auch durch IMAKA erfolgen.

Aktuell sehen wir einzig in der Kämmerei einen Stellenaufbau. Mit einer weiteren Stelle sehen wir die Kämmerei gut gerüstet, die ausstehenden Jahresabschlüsse, IT-Umstellungen und die Erstellung des Haushalt 2027 im laufenden Jahr zu schaffen und die Verwaltung diesbezüglich damit wieder in die richtige Zeitschiene zu bringen.

Betrachtet man die Entwicklung von Uhingen, so stellt man fest, dass die Einwohnerzahl seit 10 Jahren auf einem gleichbleibenden Niveau verharrt. Das Personal der Stadt Uhingen jedoch stetig wächst und die Personalkosten sich in dieser Folge nahezu verdoppelt haben. Die Personalkosten machen mehr als 30% des Uhinger Haushaltes aus. Dies ist deutlich zu viel. Eine Quote von 20 %- 25% wären gesund. Ein reiner Stellenaufbau bewirkt eine kurzfristige Entlastung, löst jedoch nicht das Problem der über die Jahre gewachsenen Prozesse.

Die uns vorgestellte Digitalisierung muss deutlich beschleunigt werden, um Routine Aufgabe zu automatisieren und vorhandene Arbeitskapazitäten freizubekommen.

Große Veränderungen wird es in diesem Jahr auch bei der lokalen Agenda geben. Durch das Ausscheiden von Frau Bartos, bekommt die Agenda die Möglichkeit und die einmalige Chance sich für die Zukunft neu aufzustellen. Der Agenda Stellenanteil in der Verwaltung soll dabei nicht neu besetzt werden und der Verwaltung für andere Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Um Uhingen weiterzuentwickeln, bedarf es Investitionen.

Nach langem Ringen wird nun ein neuer Kindergarten in Sparwiesen gebaut. Wir haben uns lange für den Bau eingesetzt und freuen uns nun umso mehr, dass der Gemeinderat mehrheitlich zugestimmt hat. Das Ziel ist sportlich, wir sind gespannt, ob Zeitplan und Kosten gehalten werden können.

Wohnraum ist überall knapp. Die Schaffung von Wohnraum darf sich dabei nicht nur auf Ausweisung von Bauplätzen beschränken. Nicht jede junge Familie kann sich die eigenen vier Wände leisten. So muss auch der Geschossbau mit Mietwohnungen vorangetrieben werden. Hierzu haben wir Flächen und können die Innenentwicklung vorantreiben.

Die Bundesregierung hat für die schnellere Schaffung von Wohnraum, den Wohnbauturbo beschlossen. Hierauf muss sich Uhingen vorbereiten.

Wer baut hat auch Verpflichtungen und jeder möchte auch die gute Infrastruktur von Uhingen nutzen. Um diese Infrastruktur vor und intakt zuhalten, bezahlt ein Grundstückseigentümer Erschließungsbeiträge. Nicht überall wurden diese Erschließungsbeträge erhoben bzw. abgerechnet. Die Stadtverwaltung muss die zeitnahe fakturieren.

Eine Erhöhung der Grundsteuer B lehnen wir ab. Bürgerinnen und Bürger, welche Baugrundstücke in Uhingen kaufen, stützen seit Jahren den Uhinger Haushalt. Eine Konsolidierung des Haushaltes muss von der Allgemeinheit getragen werden und nicht durch den Häuslesbauer und Besitzer.

Der Blick auf den Haushaltsentwurf und auf die Jahre zuvor, lässt zwei Positionen hervortreten. Mit dem Uditorium haben wir eine schicke Stadthalle. Die Kehrseite der Medaille ist der immense Zuschussbetrieb. Kultur kostet Geld - richtig - sollte jedoch finanzierbar bleiben. Lediglich 16% Deckungsbeitrag kann der Betrieb des Hauses aufweisen. Dies ist deutlich zu wenig. Im Rahmen der Konsolidierungsgespräche muss hier eine Lösung gefunden werden, den Deckungsbeitrag deutlich zu erhöhen.

Stuttgart21 sollte uns kein Vorbild sein. Wir wollen kein Uhingen21 - die Rede ist vom Spinnweberei Areal.

Seit Jahren wird an diesem Projekt gearbeitet, mit mäßigem Erfolg. Die aktuelle Planung ist nicht mehr das, was die Bürgerschaft und der Wettbewerb einmal hervorgebracht hat. Was die Frage aufkommen lässt - ist die Spinnweberei überhaupt noch IBA fähig?

Die Suche nach Investoren bringt kein Ergebnis, der Energiepartner ist abgesprungen, Kosten entstehen, Personalressourcen werden eingesetzt – Ergebnis und Ziel ist keines in Sicht und die Kosten steigen.

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Daher sehen wir es als gegeben an, das Projekt Spinnweberei auf unbestimmte Zeit auf Eis zulegen und zu diskutieren, ob die Fläche nicht verkauft werden soll.

Als höchstes Organ der Stadt sind wir angehalten, im Sinne der Bürgerschaft, die wir vertreten, Uhingen weiterzuentwickeln und der Verwaltung mit unseren Beschlüssen die Basis für ihr tägliches Handeln bereitzustellen.

Uhingen liebens- & lebenswert, so sollte es ein, doch leider ist es nicht überall so. Unser Nassachtal ist weder noch. Seit Ende 2024 terrorisieren die beiden Windräder oberhalb von Baierack die Einwohnerschaft. Die Verantwortlichen verstecken sich hinter ihren Paragraphen, der Betreiber erwirtschaftet seinen Profit und der Gemeinderat ist sich uneins.

In Nassach ist der Dorffrieden ebenso gestört und auch hier keine Lösung in Sicht, die Not der Bürger jedoch groß.

Kommunikation - Fehlanzeige! Entweder man ist nicht zuständig oder Kommunikation wird rüde abgewürgt. Fazit: die Bürgerschaft muss sich selbst kümmern

Da ist der Wunsch aus der Bevölkerung nach längeren Öffnungszeiten des Wertstoffhof oder einer Einbahnstraßenregelung an der Hieberschule Peanuts dagegen.

Zum Schluss wollen wir doch wieder positive Gedanken fassen. Uhingen hat ein starkes Ehrenamt. Sei es bei der Feuerwehr, dem Gemeinderat, dem Ortschaftsrat und vor allem den vielen Uhinger Vereinen.

Das Ehrenamt lebt von der Begeisterung des Einzelnen. Doch ein kleiner Dank darf es dabei in Form einer Entschädigung und der Vereinsförderung sein. Diese Wertschätzung sollten wir im laufenden Haushaltsjahr beraten und den ehrenamtlich Engagierten zukommen lassen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Haushaltsrelevante Anträge

- **Erhöhung der Parkplatzgebühren**

Im Rathaus stehen 16 Stellplätze in der Tiefgarage zur Verfügung. Wer einen solchen Parkplatz nutzen möchte kann sich dafür bewerben. Die Kosten eines Stellplatzes belaufen sich auf 90 Euro im Jahr.

Wir beantragen die Anpassung der Stellplatzgebühr auf 25 Euro im Monat.

- **Organisationsentwicklung**

Um die Stadtverwaltung nachhaltig zu entwickeln, stellen wir den Antrag, IMAKA mit einer Prozessuntersuchung für eine Phase 1 zu beauftragen. Für dieses Jahr sollen 50.000 Euro eingestellt werden. Für den Haushalt 2027 werden entsprechende Kosten für die Weiterführung der Organisationsuntersuchung in Phase 1 ermittelt.

Die Finanzierung erfolgt durch den Verkauf von innerstädtischen Flächen.

Nicht haushaltsrelevante Anträge

- **Veränderung Stellenanteil Lokale Agenda**
Der Stellenanteil der Verwaltung in der Lokalen Agenda soll nicht aufrechterhalten werden. Wir stellen daher den Antrag, dass der Stellenanteil der Verwaltung für andere Tätigkeiten zur Verfügung gestellt wird.
- **Gewerbeflächen aktiv vermarkten**
Um die Einnahmenseite der Stadt Uhingen zu stärken, stellen wir den Antrag, Gewerbeflächen aktiv zu bewerben und dem Markt zu zuführen. Bei der Auswahl von potentiellen Interessenten soll dabei ein Kriterienkatalog angewandt werden. Die Kriterien sind mit dem Gemeinderat abzustimmen.
In den Vergabeprozess ist umgehend einzusteigen. Die Stadtverwaltung setzt das Thema auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung im Mai.
- **Videoaufzeichnung von Sitzungen**
Wie schon in den vergangenen Jahren, stellen wir erneut den Antrag, Sitzungen des Gemeinderates und seiner Gremien aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen werden der Bürgerschaft über das Internet zum Abruf bereitgestellt.
Der Medienkonsum und die politische Beteiligung der Bevölkerung hat sich grundlegend verändert. Ebenso hat sich die rechtliche Lage zu Aufzeichnung von Sitzungen positiv verändert.
Mit der Bereitstellung der Sitzungen, wird der Politikverdrossenheit entgegengewirkt. Ebenso schaffen Aufzeichnungen Transparenz und eine Teilhabe an der Entwicklung von Uhingen.
- **Öffnungszeiten Wertstoffhof**
Die Öffnungszeiten, speziell in den Wintermonaten sind nicht benutzerfreundlich. Vor allem haben berufstätige Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit, den Wertstoffhof in Uhingen unter der Woche zu nutzen, da dieser bereits um 16 Uhr schließt. Dies führt zu einer höheren Belastung am Samstag, oft zur Überlastung des Wertstoffhofes. Wir beantragen daher die Erweiterung der Öffnungszeiten unter der Woche um mindestens eine Abendstunde.
- **Wirtschaftsförderung**
Wir beantragen, dass der Wirtschaftsförderer der Stadt Uhingen in eine zeitnahe Sitzung des Gemeinderates eingeladen wird. Der Wirtschaftsförderer soll hierbei, die wirtschaftliche Lage und Möglichkeiten den Wirtschaftsstandort Uhingen zu stärken konzeptionell darstellen. Weiter stellt der Wirtschaftsförderer seine bisherige Arbeit vor, er erläutert dabei dem Gremium Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandortes Uhingen.
- **Spinnweberei**
Wir stellen den Antrag, das Projekt Spinnweberei auf unbestimmte Zeit mit sofortiger Wirkung zu pausieren.
Der bisherige Projektverlauf, die Investorensuche und die aktuelle Situation im Baugewerbe, wirken einem Projekterfolg deutlich entgegen. Finanziell ist das Projekt aktuell nicht darstellbar. Kriterien für eine Projektfortsetzung sind zu definieren.
Im Rahmen des Antrages ist zu überlegen, ob die Fläche veräußert werden soll und die Stadt Uhingen die Entwicklung der Fläche damit einstellt.

- **Einbahnstraße Hieberschule**

Die Verkehrssituation an der Hierberschule ist zu Schulbeginn und Ende oft chaotisch. Das hohe Aufkommen von Elterntaxis führt oftmals zu gefährlichen Verkehrssituationen rund um die Schule.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass eine Verkehrsschau durchgeführt wird, mit dem Ziel eine Einbahnstraßen Regelung zumindest während der Schulzeiten einzurichten.

- **Parkverbot Sandäckerweg Übergang Sank Peter Weg**

Durch die Beparkung der Straße kommt es täglich zu Problemen, die Müllabfuhr kommt regelmäßig nicht durch, große Möbellieferungen konnten nicht zugestellt werden, die Bewohner sind gezwungen auf der Straße zu laufen mit Kind und Kegel, da kein Gehweg vorhanden ist, bei einem Test durch die Feuerwehr in Baierack wurde bereits festgestellt, dass ohne Parkverbot im Einsatz nicht zum Ziel gekommen werden kann sofern die Straße derart beparkt ist. Wir beantrage daher eine Verkehrsschau zur Besichtigung der Lage, zur Erteilung des Parkverbotes.

- **Untersuchung Innenverdichtung / Klima WBH Bebauung**

Um den Klimaschutz voranzutreiben und weitere Flächenversiegelung zu verhindern, sehen wir den Ansatz die Innenentwicklung der Außen Verdichtung zu bevorzugen. Uhingen besitzt genug Flächen zur Innenverdichtung. Diese Flächen müssen genutzt werden, um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken.

Die Außen Verdichtung soll dabei auf ein Minimum reduziert werden.

Wir stellen den Antrag, Flächen für die Innenverdichtung dem Geschossbau zu zuführen. Der weitere Ausbau des Baugebietes Weilenberger Hof soll auf klimatische Auswirkungen für Uhingen untersucht werden. Insbesondere soll hier die Frisch- und Kaltluftzufuhr für die Kernstadt betrachtet werden. Die Klimamanagerin soll hier zu entsprechende Untersuchungen durchführen und dem Gemeinderat vorstellen.

- **Vereinsförderung**

Vereine sind der Puls für Sport, Musik, Kultur und vieles mehr.

Erneut stellen wir den Antrag, das Themavereinsförderung zu diskutieren und neu auszurichten. Der KSA hat hier bereits 2025 entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und den Fraktionen vorgestellt.

- **Wohnbauturbo**

Der Wohnungsmarkt ist angespannt. Die Bundesregierung hat deshalb den Wohnbauturbo beschlossen.

Um auf entsprechende Bauanträge vorbereitet zu sein, stellen wir den Antrag, dass der Wohnbauturbo schnellstmöglich diskutiert wird, um eine klare Linie in Uhingen dafür zu finden.

Erste Anträge wurden unseres Wissens bereitgestellt in Uhingen.

- **Erschließungsbeiträge**

Um die Einnahmenseite zu stärken, stellen wir den Antrag, dass die Stadtverwaltung eine Liste mit allen offenen Erschließungsbeiträgen erstellt und dem Gemeinderat vorstellt. Die offene Erschließungsbeiträge sind einzufordern. Dabei sollen auch einseitig bebaute Straßen berücksichtigt werden.

- **Datenschutz**

Der Datenschutz soll in Uhingen verbessert werden. Jegliche Art von Dokumenten (Bewerberunterlagen, nichtöffentliche Sitzungsvorlagen usw.) sollen nicht mehr an nicht

verifizierbare Email-Adressen gesendet werden. Wir beantragen daher für jeden Gemeinderat eine personalisierte Email Adresse @uhingen.de

- **Bürgermeister Befragung**

Wir nehmen die Anregung von Bürgermeister Wittlinger aus dem letzten Jahr auf und beantragen eine vierteljährlich wiederkehrende Fragestunde. Darin steht der Bürgermeister dem Gemeinderat Rede und Antwort zum aktuellen Haushaltsjahr, sowie zu aktuellen Themen. Die Fragestunde ist öffentlich und nichtöffentlich durchzuführen.

-Haushaltsrede der AfD:

Für die AfD sprach der Fraktionsvorsitzende Volker Münz.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Stadtkämmerin und Vertreter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Bürger und Vertreter der Presse!

Wir leben in stürmischen Zeiten. Während der Krieg in der Ukraine in das 5. Jahr geht, hat mit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran ein neuer Krieg begonnen. Die Ausschaltung der verbrecherischen islamistischen Führungsebene des Irans ist positiv zu sehen. Wie lange der Krieg dauern wird und ob sich der Iran und der Nahe und Mittlere Osten damit zum Besseren entwickeln, ist ungewiss. Das alles hat natürlich Auswirkungen auf unser Land und damit auch auf Uhingen – Stichworte: Wirtschaft, Energieversorgung, Flüchtlinge u.a.

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich seit Jahren in der Rezession bzw. Stagnation. Und daran ist nicht Putin schuld oder Trump mit seinen Zöllen. Deutschland ist seit Jahren Schlusslicht in der EU bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben nicht nur eine konjunkturelle Krise, sondern eine Strukturkrise, die durch eine falsche Energie- und Wirtschaftspolitik im Land und im Bund verursacht worden ist. Dabei wird unsere wichtigste Branche, die Automobilindustrie, in Folge einer irrationalen Klimahysterie in den Niedergang gesteuert. Die Folgen spüren wir auch hier in Uhingen: Allgaier und Beuttenmüller haben ihre Tore geschlossen. Uhinger, die beim Daimler, bei Porsche und anderen Unternehmen der Branche der Auto- und Zulieferbranche arbeiten, fürchten um ihre Arbeitsplätze.

Auch die funktionierende Energieversorgung mit einem bezahlbaren Energiemix aus fossilen und erneuerbaren Energieträgern und Kernenergie wurde zerschlagen. Die Folge ist, dass wir nahezu die höchsten Strompreise der Welt haben. Man will angeblich das Klima und die Natur retten, zerstört aber mit immer mehr Windkraftanlagen die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen. Unsere Einwohner in Baierack erleben dies seit über einem Jahr hautnah.

Was ist nur aus dem einst starken Ländle geworden? Es war einmal stark in der Wirtschaft, in der Bildung, in der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Diejenigen, die für den Abstieg maßgeblich verantwortlich sind, wurden vor einer Woche von den Bürgern wieder – wenn auch knapp - zur stärksten Kraft gewählt. Das ist rational nicht zu erklären - als wenn es noch nicht genügend Arbeitslose, Windräder, Messerattentate und negative Bildungsstudien geben würde.

Zusammen mit der CDU werden die Grünen das Land wohl weiter in den Abstieg steuern – falls die CDU nicht doch noch die Courage aufbringt, ihre Wahlversprechen mit Hilfe der AfD umzusetzen.

Die genannten negativen Entwicklungen in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten erleben wir auch in Uhingen. Und dies hat natürlich auch Auswirkungen auf den Haushalt.

Das 4. Mal in Folge plant die Stadt einen defizitären Haushalt. Das ordentliche Ergebnis wird laut Plan im laufenden Jahr ein erhebliches Minus von rund 3,9 Millionen EUR aufweisen. Durch die Veräußerung von Grundstücken mit einem geplanten Erlös von 2,2 Millionen € kann der Verlust im ordentlichen Ergebnis abgemildert werden. Das Gesamtdefizit wird aber immer noch bei 1,7 Millionen EUR liegen, was durch Rücklagen gedeckt werden kann.

Was die Einnahmeseite mit einem Plus von 1 Mio EUR gegenüber der letztjährigen Planung angeht, so sehen wir hier Risiken. Im vorgelegten Plan wird bei der Gewerbesteuer der Planansatz des Vorjahres übernommen. Die erfreulichen tatsächlichen Mehreinnahmen des Vorjahres werden aus Vorsichtsgründen nicht fortgeschrieben. Die Wirtschaftskrise hat auch Uhingen voll erfasst. Das hat Auswirkungen auf Einkommen und Kaufkraft der beschäftigten Uinger Bürger und damit auf die Steuereinnahmen in Uhingen. Gewerbesteuerrückforderungen, die derzeit viele Kommunen betreffen, sind m.E. auch in Uhingen nicht auszuschließen.

Die Ausgaben steigen wie in den Vorjahren deutlich stärker als die Einnahmen. Die ordentlichen Aufwendungen steigen lt. Plan um 2,2 Mio EUR auf rd. 50 Mio EUR.

Die Personalaufwendungen steigen abermals um 1,1 Mio EUR auf 17,2 Mio EUR. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung gegenüber den Personalkosten von vor 10 Jahren. Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren ausufernden Bürokratie und einer Ausweitung der staatlichen Belange, an der freilich die Kommunen die geringste Schuld tragen, da ihnen die Aufgaben und Ausgabenverpflichtungen zu einem immer größer werdenden Anteil vom Bund, vom Land und vom Landkreis auferlegt worden sind. Zum Beispiel hat der Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- bzw. Kinderkrippenplatz dazu geführt, dass die Stadt Uhingen derzeit von

insgesamt 234 Stellen allein rd. 50 Stellen (Vollzeitäquivalente) im Kindergartenbereich vorhält. Das sind rd. 20% aller Stellen.

Auch in der Verwaltung hat die Zunahme der Bürokratie dazu geführt, dass immer mehr Personalstellen aufgebaut wurden. Auf Basis der aktuell durchgeführten Organisationsuntersuchung beantragt die Stadtverwaltung eine Stellenausweitung im laufenden Jahr um sage und schreibe 4,42 Vollzeitäquivalente. Insgesamt wird der mittelfristige Personalbedarf sogar auf 9,24 VZÄ beziffert.

Hier sage ich für meine Fraktion: Das können wir auf keinen Fall mittragen. Ich verstehe, dass die Führungskräfte und Sachbearbeiter in der Verwaltung zu einem großen Teil überlastet sind. Aber die Antwort kann nicht sein, eine Stellenausweitung in diesem erheblichen Umfang vorzunehmen. Das passt derzeit überhaupt nicht zur Haushaltslage Uhingens und zur Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland insgesamt. Einige Kommunen in Baden-Württemberg haben bereits einen Einstellungsstopp verhängt und fahren einen harten Sparkurs.

Statt den zusätzlichen Personalbedarf zu ermitteln, hätte das Ziel der Organisationsuntersuchung sein müssen: Bürokratieabbau – also Effizienzsteigerung, Vereinfachung von Abläufen, z.B. durch Digitalisierung, und Wegfall von Aufgaben.

Wir stellen daher folgenden Antrag (Antrag 1):

- Die beantragte Stellenausweitung um 4,42 VZÄ im laufenden Jahr wird nicht vorgenommen.
- Lediglich für die Kämmerei wird eine zusätzliche Stelle – allerdings zunächst befristet auf 2 Jahre – bewilligt, um die bestehenden Rückstände, die durch die lange Vakanz angefallen sind, abzuarbeiten. Wir müssen bald wieder in die normalen Fristen des Jahresabschlusses und der Haushaltsaufstellung kommen.

Neben der ausufernden Bürokratie und neben den Rechtsansprüchen auf einen Kinderbetreuungsplatz belastet die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen die Stadt und ihren Haushalt. Die Grenzen der Belastbarkeit der Gesellschaft sind in vielen Bereich längst überschritten, insb. auf dem Wohnungsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen und bei der inneren Sicherheit. Im kommunalen Haushalt schlägt sich dies neben den direkten Aufwendungen für die Unterbringung in den Kosten für die Bereitstellung von Schul- und Kindergartenplätzen, der Sprachförderung und der Betreuung der Jugendlichen und Erwachsenen nieder. Neben der nach wie vor anhaltenden Zuwanderung aus Afghanistan, Afrika und anderen Regionen droht eine neue Zuwanderungswelle aus dem Iran. Dies kann unsere

Gesellschaft nicht mehr verkraften. Es wäre unverantwortlich, wenn man das weiter so geschehen lassen würde, nach dem Motto „Wir schaffen das!“

Wir stellen daher folgenden Antrag (Antrag 2):

- Die Stadt wird keine weiteren Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen.
- Einer Anordnung des Landrates zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen soll der Bürgermeister mit Verweis auf seine Remonstrationspflicht widersprechen. Denn die Aufnahme der allermeisten Asylbewerber widerspricht dem Grundgesetz (Art. 16a Abs. 2), da diese über sichere Drittstaaten kommen.

Meine Damen und Herren, Politik ist die Kunst des Möglichen, wie es Bismarck treffend formuliert hat.

Wir sollten uns auf das Notwendige und Machbare konzentrieren und dabei die vorhandenen Ressourcen und Rahmenbedingungen im Blick behalten.

Manche Vorhaben, die wünschenswert wären, können wir uns nicht mehr leisten. Zum Beispiel wäre es wünschenswert, dass die Stadt das große ehemalige Spinnweberei-Areal zu einem attraktiven Stadtquartier für Wohnen, Handel und Gewerbe entwickelt. Nur leider haben die jahrelangen Bemühungen der Stadt zusammen mit der Stadtentwicklungsgesellschaft bei erheblichen Kosten nicht zum Erfolg geführt. Es konnte kein Investor gefunden werden.

Wir stellen daher den Antrag (Antrag 3),

- die Quartiersentwicklung des ehemaligen Spinnwebereiareals in der Regie der Stadt zu beenden.
- Stattdessen soll das Areal in einzelne Abschnitte aufgeteilt werden, die separat verkauft werden sollen.
- Damit besteht die Chance, abschnittsweise das Gelände einer neuen Nutzung zuzuführen, statt auf die Umsetzung der großen Lösung zu warten. Über den Bebauungsplan können wir hinreichende Vorgaben machen.

Meine Damen und Herren, die Stadtverwaltung legt das 4. Mal in Folge einen Haushalt vor, der mit einem Defizit geplant wird und der nur durch den Verkauf von Grundstücken und die Entnahme aus den Rücklagen gedeckt werden kann. Uhingen lebt also von der Substanz. Noch haben wir ausreichende Rücklagen - dank einer guten Haushaltsführung der Vergangenheit, das möchte ich anerkennend festhalten. Viele andere Kommunen stehen jetzt schon deutlich schlechter da. Aber laut der mittelfristigen Finanzplanung plant die Stadtverwaltung bis 2029 mit

einem Defizit. Die Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses sind danach im Jahr 2028 aufgebraucht.

Dies können wir so nicht hinnehmen und geschehen lassen, wir müssen jetzt schon dagegen steuern, meine Damen und Herren!

Der Bürgermeister und die Kämmerin sprechen selbst von der Notwendigkeit der Konsolidierung. Ja, wir sollten jetzt die notwendigen Sparmaßnahmen umsetzen, damit wir nicht schon im nächsten Jahren gezwungen sind, harte Sanierungsmaßnahmen einzuleiten, die an das Eingemachte gehen und die auch Steuer- und Gebührenerhöhungen bedeuten könnten.

Für die Bürger bringt die nächste Zeit große Belastungen mit sich. Dies betrifft unser ganzes Land. Wir von der AfD-Fraktion halten es für hilfreich, gerade jetzt ein Zeichen zu setzen, um das sich alle in diesem Land versammeln können – das Symbol für Einigkeit und Recht und Freiheit: Unsere Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold.

Wir beantragen daher (Antrag 4),

- dass die Bundesflagge vor den städtischen Gebäuden – also insb. Rathaus, Schulen, Uditorium – dauerhaft gehisst wird.
- Da hier ohnehin Fahnenmasten und Flaggen vorhanden sind, ist damit kein zusätzlicher Finanzbedarf verbunden. Es hätte aber einen hohen symbolischen Wert für die Einheit der Gesellschaft in zunehmend schweren Zeiten.
-

Zum Abschluss danke ich im Namen der AfD-Fraktion der Kämmerin Frau Vater und ihrem Team, dem Bürgermeister und der Stadtverwaltung für Ihre geleistete Arbeit.

Haushaltsanträge der AfD-Fraktion 2026

1. Deutliche Reduzierung der geplanten Stellenausweitung

Antrag:

- Die beantragte Stellenausweitung um 4,42 VZÄ im laufenden Jahr wird nicht vorgenommen.
- Lediglich für die Kämmerei wird eine zusätzliche Stelle – allerdings zunächst befristet auf 2 Jahre – bewilligt, um die bestehenden Rückstände, die durch die lange Vakanz angefallen sind, abzuarbeiten. Wir müssen bald wieder in die normalen Fristen des Jahresabschlusses und der Haushaltsaufstellung kommen.

Begründung:

Die geplanten Personalaufwendungen steigen abermals um 1,1 Mio EUR auf 17,2 Mio EUR. Das bedeutet nahezu eine Verdoppelung gegenüber den Personalkosten von vor 10 Jahren. Dies ist das Ergebnis einer seit Jahren ausufernden Bürokratie und einer Ausweitung der staatlichen Belange, an der freilich die Kommunen die geringste Schuld tragen, da ihnen die Aufgaben und Ausgabenverpflichtungen zu einem immer größer werdenden Anteil vom Bund, vom Land und vom Landkreis auferlegt worden sind (z.B. Rechtsanspruch auf einen Kindergarten- bzw. Kinderkrippenplatz).

Auf Basis der aktuell durchgeführten Organisationsuntersuchung beantragt die Stadtverwaltung eine Stellenausweitung im laufenden Jahr um 4,42 VZÄ. Insgesamt wird der mittelfristige Personalbedarf sogar auf 9,24 VZÄ beziffert. Das können wir in dieser Höhe nicht mittragen. Wir verstehen, dass die Führungskräfte und Sachbearbeiter in der Verwaltung zu einem großen Teil überlastet sind. Aber die Antwort kann nicht sein, eine Stellenausweitung in diesem erheblichen Umfang vorzunehmen. Das gibt die Haushaltslage nicht her.

Wir regen an, dass die Stadtverwaltung die Verwaltungsabläufe untersucht und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, zur Vereinfachung von Abläufen (z.B. durch Digitalisierung) umsetzt.

Einsparung: ca. 300 TEUR p.a.

2. Aufnahmestopp für Asylbewerber und Flüchtlingen

Antrag:

- Die Stadt wird keine weiteren Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen.
- Einer Anordnung des Landrates zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen soll der Bürgermeister mit Verweis auf seine Remonstrationspflicht widersprechen. Denn die Aufnahme der allermeisten Asylbewerber widerspricht dem Grundgesetz (Art. 16a Abs. 2), da diese über sichere Drittstaaten kommen.
- Stadt Uhingen wird im Rahmen ihrer Möglichkeit bei der Rückführung von ausreisepflichtigen Personen mitwirken.

Begründung:

Uhingen ist wie viele andere Städte und Gemeinden in Deutschland aufgrund der anhaltend hohen Zahl der Asyl- und Fluchtmigration am Limit der Aufnahmefähigkeit. Aktuell droht eine neue Zuwanderungswelle aus dem Iran. Dies kann unsere Gesellschaft nicht mehr verkraften. Es wäre unverantwortlich, wenn man das weiter so geschehen lassen würde, nach dem Motto „Wir schaffen das“.

Es sind nicht nur die Kosten der Unterbringung, der Betreuung und der Integration, die die Kommunen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit bringen. Der Staat und die Gesellschaft sind insgesamt mit der Bewältigung der hohen Zahl der Migration seit langem überfordert. Das sagen nicht nur die kommunalen Spitzenverbände, das sagen Umfragen und nicht zuletzt viele Bürger in Uhingen, z.B. in der Eisenbahnstraße. Die Belastungen auf dem

Wohnungsmarkt, auf die sozialen Sicherungssysteme, auf die Schulen und Kindergärten und nicht zuletzt die Beeinträchtigung der inneren Sicherheit sind die Folgen der Massenmigration unter der überwiegend missbräuchlichen Berufung auf das Asylrecht.

Einzelne Kommunen und Landkreise haben bereits temporär einen Aufnahmestopp verhängt (z.B. Städte Ulm und Schwäbisch Gmünd, Landkreise Greiz und Eichsfeld; <https://www.zdf.de/dokumentation/zdf-reportage/immer-mehr-fluechtlinge-gemeinden-am-limit-100.html>; <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/aufnahmestopp-keine-neuen-ukrainischen-gefluechteten-in-schwaebisch-gmuend-102.html>).

Das Argument, dass die Stadt Uhingen aber verpflichtet sei, die ihr vom Landkreis zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen, kann unseres Erachtens mit Verweis auf die Remonstrationspflicht des Bürgermeisters nach § 63 Bundesbeamtengesetz abgewiesen werden. Danach muss ein Bürgermeister als Wahlbeamter Anweisungen widersprechen, die gegen Recht und Gesetz verstoßen. Nahezu alle Asylbewerber, nämlich diejenigen, die über einen sicheren Drittstaat (z.B. EU-Staat) eingereist sind, können sich gemäß Art. 16a Abs. 2 GG nicht auf das Asylrecht berufen. Auch gemäß § 26a Asylgesetz steht ihnen kein Asylrecht zu.

Auswirkung auf den Haushalt:

Einsparung insgesamt mindestens 300 TEUR pro Jahr (Unterbringung, Betreuung, Schulsozialarbeit, Sprachförderung KiGa u.a.).

3. Verkauf des Grundstücks der alten Spinnweberei

Antrag:

- Die Quartiersentwicklung des ehemaligen Spinnwebereiareals in der Regie der Stadt wird beendet.
- Stattdessen soll das Areal in einzelne Abschnitte aufgeteilt werden, die separat verkauft werden sollen.

Begründung:

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn die Stadt das große ehemalige Spinnweberei-Areal zu einem attraktiven Stadtquartier für Wohnen, Handel/Gewerbe und Erholung entwickeln könnte. Nur leider haben die jahrelangen Bemühungen der Stadt zusammen mit der Stadtentwicklungsgesellschaft bei erheblichen Kosten nicht zum Erfolg geführt. Es konnte kein Investor gefunden werden.

Die Stadt ist mit dem Projekt überfordert, auch angesichts der anderen großen Industriebrachen in der Stadt (insb. Allgaier- und Kielkopf-Areale).

Durch eine Aufteilung und einen abschnittsweisen Verkauf des Spinnwebereiareals besteht die Chance das Gelände schneller einer neuen Nutzung zuzuführen, als auf die Umsetzung

der großen Lösung zu warten. Über den Bebauungsplan kann die Stadt hinreichende Vorgaben für die Nutzung und die Gestaltung des Geländes machen.

Auswirkung auf den Haushalt:

Einsparungen: 50 TEUR in diesem Jahr, 300 TEUR in den Folgejahren

Erlöse (mittelfristig): 2,5 -3,5 Mio EUR

4. Dauerbeflaggung der städtischen Gebäude (nicht haushaltsrelevant)

Antrag:

- Die Deutschlandflagge soll vor den städtischen Gebäuden (an denen bereits Fahnenmasten vorhanden sind) – also insb. Rathaus, Schulen, Uditorium – dauerhaft gehisst werden.
- Sofern vor den jeweiligen Gebäuden mehr als ein Fahnenmast vorhanden ist, soll auch die Stadtflagge und/oder die Flagge der Ortsteile gehisst werden.

Begründung:

Für die Bürger bringt die nächste Zeit große Belastungen mit sich. Dies betrifft unser ganzes Land. Wir halten es für hilfreich, gerade jetzt ein Zeichen zu setzen, um das sich alle in diesem Land versammeln können – das Symbol für Einigkeit und Recht und Freiheit: Unsere Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold. Dies hätte einen hohen symbolischen Wert für die Einheit der Gesellschaft in zunehmend schweren Zeiten.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Keine, da ohnehin Fahnenmasten und Flaggen vorhanden sind.

Haushaltsrede Bündnis 90/Die Grünen:

Für Bündnis 90/Die Grünen sprach der Fraktionsvorsitzende Daniel Wagner.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wittlinger,
sehr geehrte Frau Vater
sehr geehrter Herr Malcher,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Zunächst möchten wir uns bei der Kämmerei, insbesondere bei Frau Vater und ihrem Team, für die Erstellung des Haushalts bedanken. Einen kommunalen Haushalt unter den aktuellen Rahmenbedingungen aufzustellen, ist alles andere als eine einfache Aufgabe.

Deutschland und Europa stehen wie auch schon im letzten Jahr vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die sowohl aus der globalen Weltlage als auch aus wirtschaftlichen Entwicklungen resultieren.

Der Krieg in der Ukraine dauert nun bereits vier Jahre an und verändert weiterhin die geopolitische Lage in Europa. Gleichzeitig beobachten wir neue Spannungen im Nahen Osten, insbesondere zwischen Iran und Israel bzw. den USA, die in der Blockade der Straße von Hormus resultieren. An dieser Region hängen große Teile der weltweiten Öl- und Gasversorgung.

Solche Konflikte bleiben nicht regional. Sie wirken sich weltweit auf Energiepreise, Lieferketten und wirtschaftliche Stabilität aus.

Hinzu kommt eine zunehmend unberechenbare politische Entwicklung in den USA. Die möglichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen eines Präsidenten Trump beeinflussen internationale Handelsbeziehungen und Märkte massiv.

Kurz gesagt: Die Welt wird nicht nur komplexer – sie wird auch schneller, unberechenbarer und instabiler. Diese Entwicklungen bleiben natürlich auch für Deutschland nicht folgenlos.

Steigende Energiepreise, wirtschaftliche Unsicherheiten und Inflation treffen auch unsere Kommunen. Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung, steigende Kosten zu schultern, ihre Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln und dem Klimaschutz und Klimawandelanpassungen gerecht zu werden.

Umso wichtiger ist es, energiepolitisch die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wenn aktuell im Wirtschaftsministerium unter der Führung von Katherina Reiche über Änderungen am EEG, über ein Netzpaket, das zum Ausbremsen der Windkraft führt oder über Rückschritte beim Gebäudeenergiegesetz diskutiert wird, halten wir das für den falschen Weg.

Denn eines ist klar:

Der Weg zurück in eine stärkere Abhängigkeit von fossilen Energien macht uns nicht unabhängiger – sondern verletzlicher und kommt uns alle teuer zu stehen. Erneuerbare Energien sind längst nicht mehr nur eine Frage des Klimaschutzes. Sie sind auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft und der Versorgungssicherheit.

Und damit sind wir bei Baden-Württemberg. Die Landtagswahl am vergangenen Wochenende hat gezeigt, dass viele Menschen sich eine Politik wünschen, die Probleme pragmatisch löst. Der Wahlsieger Cem Özdemir hat es treffend formuliert: „Es geht nicht darum, von welcher Partei eine Idee kommt – sondern darum, ob sie gut für das Land ist.“

Und genau diesen Geist wünschen wir uns auch für unsere Haushaltsberatungen hier im Gemeinderat. Nicht die Frage, von welcher Fraktion eine Idee kommt, sollte entscheidend sein – sondern ob sie gut für Uhingen ist.

Die Situation in Uhingen

Die großen politischen Entwicklungen wirken sich auch ganz konkret auf unsere Stadt aus. Der Haushalt zeigt deutlich, dass wir weiterhin vor finanziellen Herausforderungen stehen und Prioritäten setzen müssen.

Ein wichtiger Punkt ist dabei das Thema Personal. Der Gemeinderat hat noch in der alten Legislaturperiode eine Untersuchung zur Personalsituation beauftragt. Diese liegt nun vor. Die daraus vorgeschlagenen Stellen sind kein politisches Wunschdenken, sondern das Ergebnis einer objektiven Analyse.

Wir tragen diese Stellen mit. Nicht, weil mehr Personal grundsätzlich immer gut wäre, sondern weil diese Stellen aus der Untersuchung hervorgehen und von der Verwaltung als notwendig erachtet werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die Erschließung der Seestraße. Wir haben hierzu eine andere politische Bewertung und sehen dieses Projekt weiterhin als nichtnotwendig an. Gleichzeitig gibt es dazu einen Beschluss des Gemeinderats, und demokratische Beschlüsse sind selbstverständlich zu respektieren.

Verkehr und Mobilität

Im Bereich Verkehr und Mobilität setzen wir uns für konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen ein.

Dazu gehört insbesondere der frühzeitige Einstieg in die Planung einer barrierefreien Querung des Bahnhofs Uhingen, damit wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag auf Entscheidungen der Deutschen Bahn warten müssen.

Darüber hinaus schlagen wir unter anderem vor: eine Spielstraße in der Stuttgarter Straße, sowie neue Fahrradstände am Freibad, die heutigen Standards entsprechen, einzurichten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verkehrssituation rund um die Haldenberg-Realschule. Dort kommt es morgens regelmäßig zu chaotischen Situationen durch sogenannte Elterntaxis. Deshalb möchten wir prüfen lassen, ob dort eine Schulstraße eingerichtet werden kann, um die Sicherheit für Kinder zu erhöhen.

Energieeffizienz, Klimaschutz und Klimawandelanpassung

Auch in diesem Jahr spielt der Klimaschutz eine zentrale Rolle unserer Anträge.

Wir schlagen vor, geeignete städtische Dachflächen für Photovoltaik an Energiegenossenschaften zu vergeben. Damit kann erneuerbare Energie erzeugt werden, ohne dass die Stadt die Investitionen in Höhe von 80.000 Euro, die im Haushalt eingestellt sind, selbst tragen muss.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Nutzung von Förderprogrammen von Bund und Land, um energetische Sanierungen und Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Wir möchten außerdem gemeinsam mit dem Landkreis ein Klimaanpassungskonzept für Uhingen entwickeln. Die Starkregenereignisse und Überschwemmungen im Jahr 2024 haben gezeigt, wie wichtig es ist, frühzeitig Vorsorge zu treffen.

Stadtentwicklung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Eine lebenswerte Stadt entsteht nicht nur durch Infrastruktur, sondern auch durch sozialen Zusammenhalt.

Wir schlagen daher ein Zeichen für Respekt und demokratische Werte mit dem Schild „Rathaus mit Respekt“ zu setzen

Des Weiteren wollen wir eine Befragung der über 60-jährigen Bürgerinnen und Bürger, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten und perspektivisch einen Seniorenrat beantragen.

Auch eine Sauberheitskampagne nach dem Vorbild „Let's Putz“ soll bürgerschaftliches Engagement stärken.

Zur Gegenfinanzierung einzelner Maßnahmen schlagen wir außerdem eine moderate Anpassung der Hundesteuer vor.

Wir wollen, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeiten einer Bürger-App überprüft. Dazu könnte auf die Erfahrungen anderer Kommunen, zum Beispiel Albershausen zurückgegriffen werden.

Arten- und Naturschutz

Gerade im Bereich des Klima- und Naturschutzes lassen sich mit überschaubaren Mitteln große Verbesserungen erreichen.

Wir schlagen unter anderem vor eine Baumschutzsatzung zu prüfen, sowie einen Naturgarten-Wettbewerb zum Abpflastern versiegelter Flächen zu starten.

Diese Maßnahmen stärken Biodiversität, verbessern das Stadtklima und machen unsere Stadt widerstandsfähiger gegenüber Hitze und Starkregen.

Schlussbemerkungen

Unsere Anträge verfolgen kein einzelnes großes Projekt. Sie verfolgen viele konkrete Schritte. Schritte, die Uhingen nachhaltiger, lebenswerter und zukunftsfähiger machen können. Dabei wünschen wir uns eine Zusammenarbeit, bei der nicht entscheidend ist, von welcher Fraktion eine Idee kommt. Sondern ob sie gut für Uhingen ist.

Zum Schluss möchten wir allen danken, die sich tagtäglich dafür einsetzen, unsere Stadt voranzubringen. Unser Dank gilt der Verwaltung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt sowie den zahlreichen Ehrenamtlichen in Vereinen, Initiativen und Organisationen, sowie der Feuerwehr und den Rettungskräften.

Sie alle tragen dazu bei, dass Uhingen eine lebenswerte Stadt ist und bleibt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltswirksame Anträge der Grünen:

Barrierefreie Querung des Bahnhofs Uhingen*

Antrag

Die Stadt Uhingen steigt noch im Jahr 2026 mit den Planungen für eine barrierefreie Querung des Bahnhofs ein.

Der Bau der Querung soll sobald wie möglich nach Abschluss der Planungen und notwendigen Voruntersuchungen umgesetzt werden, idealerweise im Jahr 2027.

Begründung

Eine barrierefreie Querung des Bahnhofs Uhingen ist seit Jahren ein wichtiges Anliegen der Stadtentwicklung und wurde bereits vor der letzten Kommunalwahl von allen Fraktionen im Gemeinderat gefordert.

Derzeit plant die Stadt, erst im Jahr 2029 in die Planungen einzusteigen, da seitens der Deutschen Bahn für dieses Jahr Sanierungsmaßnahmen angekündigt wurden. Eine vollständige Abhängigkeit von den Zeitplänen der Deutschen Bahn erscheint jedoch wenig zielführend, da sich entsprechende Maßnahmen erfahrungsgemäß häufig verzögern.

Eine barrierefreie Querung stellt eine wichtige Verbesserung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Familien mit Kinderwagen sowie Radfahrerinnen und Radfahrer dar.

Eine bessere Querung erhöht außerdem die Attraktivität des Bahnhofs als zentralen Mobilitätsknoten und stärkt den öffentlichen Nahverkehr.

Finanzierung:

Erfolgt über Sondervermögen des Bundes

Erneuerung der Fahrradabstellanlage am Freibad*

Antrag:

Wir beantragen die Erneuerung der Fahrradständer am Freibad.

Begründung:

Die Fahrradständer sind die erste Generation am Freibad. Die Felgenklemmer entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik. Der Fahrradmarkt hat sich geändert. Fahrräder und Pedelecs sind hochpreisiger und sollten sicher angeschlossen werden können. Mountain-Bikes, die oft ohne Ständer betrieben werden, können nicht abgestellt werden. Außerdem hat sich die Reifenbreite bei vielen Rädern verändert, so dass diese nicht mehr in Fahrradständer passen.

Die NVBW (Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg) hat einen Rahmenvertrag mit einem Hersteller abgeschlossen, so dass Fahrradbügel günstig bezogen werden können.

Gegenfinanzierung:

erfolgt durch die Erhöhung der Hundesteuer.

PV auf städtischen Dächern*

Antrag:

Die Stadt Uhingen stellt geeignete städtische Dachflächen Energiegenossenschaften zur Verfügung und ermöglicht dort den Betrieb von Photovoltaikanlagen.

Begründung:

Die Nutzung städtischer Dachflächen für Photovoltaik ermöglicht einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz, ohne eigene Investitionsmittel binden zu müssen. Gleichzeitig können Einsparungen erzielt werden (geschätzt bis zu 80.000 €), während Bürgerbeteiligung und lokale Wertschöpfung gestärkt werden. Energiegenossenschaften bieten hierfür ein bewährtes Modell.

Kosteneinsparung:

In Höhe von 80.000 Euro

Erhöhung der Hundesteuer*

Antrag:

Wir beantragen folgende Änderungen zur Hundesteuersatzung: § 5 Steuersatz:

- Die Steuer für einen Hund beträgt im Kalenderjahr 120,00 €. Für jeden weiteren Hund erhöht sich die Steuer ab 01.06.2026 auf 160,00 €, ab 01.01.2027 auf 200,00 € und ab 01.01.2028 auf 240,00 €.
- Für das Halten eines Kampfhundes nach Abs. 2 beträgt der Steuersatz abweichend von Satz 1 600,00 €. Für jeden weiteren Kampfhund erhöht sich der Steuersatz ab 01.06.2026 auf 900,00 €, ab 01.01.2027 auf 1.050,00 € und ab 01.01.2028 auf 1.200,00 €.
- § 6 Befreiungen: Streichung der Ziffern 6 und 7

Begründung:

Mit der Erhöhung der Hundesteuer und der Streichung von Befreiungen werden die Einnahmen verbessert.

Mit der Erhöhung befinden wir uns mit dem Steuersatz für Hunde im Durchschnitt im Landkreis Göppingen. Bei Kampfhunden befinden wir uns trotz der Erhöhung weiterhin unterhalb des Durchschnittes im Landkreis Göppingen.

Die Steuersätze der anderen Kommunen machen deutlich, dass wir Nachholbedarf haben und die Hundehalter nicht über Gebühr beanspruchen. Zudem geben die vorgeschlagenen Erhöhungen Planungssicherheit für Hundebesitzer.

Steuerertragsbeitrag:

in unbekannter Höhe

Haushaltsunwirksame Anträge der Grünen

Einrichtung Spielstraße in der Stuttgarter Straße

Antrag:

Die Stadt Uhingen richtet eine Spielstraße in der Stuttgarter Straße zwischen der Hausnummer 19 bis zur Abzweigung Sparwieser Straße ein.

Begründung:

Schon im Stadtentwicklungskonzept 2030 aus dem Jahr 2016 nannte fast die Hälfte der Befragten die Verkehrssicherheit in Uhingen als eher schlecht bis schlecht, fast gleich negativ fiel die Kinderfreundlichkeit in der Stadtmitte aus. Uhingen hat in der Kernstadt immer noch das Erbe der alten B10 Trassenführung zu tragen. Wichtige Teile der Ortsmitte sind durch Straßen getrennt.

In den vergangenen Jahren hat sich der oben dargestellte Abschnitt als Aufenthaltsbereich für Familien mit Kindern, Radfahrende und Spaziergehende entwickelt, insbesondere durch die Eisdiele und den Spielplatz am Berchtoldshof. Durch eine Spielstraße würde dieser Bereich deutlich an Attraktivität gewinnen und könnte den ebenfalls im SEK 2030 geäußerten Wunsch nach einem Kern mit hoher Aufenthaltsqualität darstellen.

Prüfung Einrichtung einer Schulstraße an der HRSU

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Umfeld der Haldenberg-Realschule eine sogenannte Schulstraße eingerichtet werden kann, insbesondere zu den Zeiten des morgendlichen Schulbeginns.

Die Ergebnisse der Prüfung sind in Form einer Beschlussvorlage aufzubereiten und dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen.

Begründung

Im Bereich der Haldenberg-Realschule kommt es insbesondere in den Morgenstunden regelmäßig zu chaotischen Verkehrssituationen. Zahlreiche sogenannte „Elterntaxis“ bringen Schülerinnen und Schüler mit dem Auto zur Schule. Dabei werden Fahrzeuge häufig kurzfristig oder ordnungswidrig abgestellt, was zu gefährlichen Situationen für Kinder führt, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen. Auch für die Schülerinnen und Schüler die nach Holzhausen zur Grundschule laufen und die Alte Holzhäuser Straße queren ist die Verkehrssituation gefährlich.

Zudem entsteht ein erhebliches Verkehrsaufkommen, das auch für die Anwohnerinnen und Anwohner problematisch ist. Der morgendliche Verkehr führt regelmäßig zu Stausituationen und teilweise zu blockierten Straßen, sodass auch Anwohner, die den Haldenberg verlassen möchten, im Verkehr feststecken.

Dass bislang keine Unfälle passiert sind, ist eher glücklichen Umständen zu verdanken.

In verschiedenen Städten – beispielsweise in Kirchheim unter Teck – wurden bereits sogenannte Schulstraßen eingeführt. Dabei werden Straßen im unmittelbaren Umfeld von Schulen zu bestimmten Zeiten für den Autoverkehr gesperrt oder eingeschränkt, um die Verkehrssicherheit

für Kinder zu erhöhen und das Verkehrsaufkommen zu reduzieren. Schulstraßen sind in Baden-Württemberg seit 2023/2024 rechtlich möglich.

Auch an der Haldenberg-Realschule wurde bereits eine Initiative gestartet, die auf die Problematik aufmerksam macht. Diese Initiative kann jedoch nur ein erster Schritt sein.

Nutzung von Förderprogrammen für Klimaschutz und Klimaanpassung

Antrag

Die Stadt Uhingen nutzt systematisch bestehende Förderprogramme von Bund, Land und Region zur Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.

1. Klimaschutzstrategie im Gemeinderat erarbeiten
Der Gemeinderat befasst sich im Rahmen einer Klausurtagung mit dem „Leitfaden Kommunalen Klimaschutz“, um eine strategische Grundlage für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in Uhingen zu entwickeln.
2. Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ nutzen
Die Stadt Uhingen steigt in das Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ ein. Dabei sollen Maßnahmen wie Entsiegelung, Baumpflanzungen, naturnahes Grünflächenmanagement oder die Schaffung von Naturoasen geprüft und priorisiert werden. Die Priorisierung soll unter Einbeziehung der Bürgerschaft erfolgen.
3. Förderprogramme Klimaschutz-Plus und Kommunalrichtlinie nutzen
Die Stadt Uhingen nutzt die Förderprogramme „Klimaschutz-Plus“ des Landes Baden-Württemberg sowie die Kommunalrichtlinie des Bundes, um energetische Sanierungen, Energieeffizienzmaßnahmen sowie strategische Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.
4. Die Stadt Uhingen erstattet Bericht über den Stand des Klimaaktionsplans für die Stadt Uhingen unter Zuhilfenahme des kostenlosen Tools KlimaAtlas.region-stuttgart.org.
5. Die Stadt Uhingen geht zeitnah auf den Landkreis Göppingen zu, um die Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts mit Maßnahmenplan im Rahmen des neuen Fördervorhabens zu initiieren.

Begründung

Klimaschutz und Klimawandelanpassung gehören zu den zentralen Zukunftsaufgaben der Kommunen. Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle beim Erreichen der Klimaziele des Landes Baden-Württemberg und haben dabei eine Vorbildfunktion.

Gleichzeitig entstehen Kommunen durch steigende Energiepreise und klimabedingte Schäden zunehmend finanzielle Belastungen. Klimaschutzmaßnahmen können daher nicht nur zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen, sondern auch langfristig Betriebskosten senken.

Für Kommunen stehen zahlreiche Förderprogramme von Bund und Land zur Verfügung, die Investitionen und strategische Maßnahmen im Klimaschutz erheblich unterstützen.

Das Landesprogramm Klimaschutz-Plus unterstützt Kommunen insbesondere bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude sowie bei strategischen Maßnahmen zur treibhausgasneutralen Verwaltung.

Die Kommunalrichtlinie des Bundes fördert sowohl strategische Maßnahmen wie Klimaschutzkonzepte, Klimaschutzmanagement oder Beratungsleistungen als auch konkrete Investitionen, etwa in energieeffiziente Beleuchtung, klimafreundliche Mobilität oder nachhaltige Infrastruktur.

Das Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ fördert Maßnahmen zur Klimaanpassung und zur Stärkung der Biodiversität, beispielsweise Entsiegelung, naturnahes Grünflächenmanagement oder Baumpflanzungen. Dabei werden je nach Maßnahme bis zu 50–80 % der Kosten gefördert.

Durch eine gezielte Nutzung dieser Förderprogramme kann die Stadt Uhingen Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, ohne den städtischen Haushalt übermäßig zu belasten. Gleichzeitig werden langfristige Einsparungen bei Energie- und Betriebskosten ermöglicht.

Wir sind der Auffassung, dass ein Klimaaktionsplan mit Unterstützung des digitalen Klimaatlas präventive Maßnahmen darstellen kann und Gefahrenzonen mit überschaubarem Aufwand darstellbar sind.

Der Landkreis Göppingen hat seit Februar 2025 ein Klimaanpassungskonzept mit umfassenden Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels. Für 11 Kommunen wurden bereits lokal spezifische Maßnahmen erarbeitet, Uhingen war jedoch nicht dabei. Aufgrund eines neuen Fördervorhabens besteht nun die Möglichkeit, weitere Kommunen einzubeziehen. Die Gefährdungsanalyse des Landkreises zeigt, dass Uhingen besonders von Starkregen betroffen ist und bei weiter steigenden Temperaturen zu den Städten mit den meisten heißen Tagen im Landkreis gehören wird. Ein Klimaanpassungskonzept mit Maßnahmenplan ist notwendig, um frühzeitig geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Klimaschutz-Plus (Land Baden-Württemberg)

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/foerderprogramme/klima/klimaschutz-plus>

Förderprogramm Klimaschutz-Plus – L-Bank

<https://www.l-bank.de/produkte/finanzhilfen/klimaschutz-plus-2025.html>

Leitfaden Kommunalen Klimaschutz

<https://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/>

Förderprogramm Natürlicher Klimaschutz in Kommunen

<https://www.kompetenzzentrum-nk.de/foerderung/>

Kommunalrichtlinie (Bundesförderung für Klimaschutzprojekte)

<https://kommbio.de/foerderprogramme/kommunalrichtlinie-kr/>

Aufwertung und Bewerbung Stadtmuseum

Antrag:

Die Stadt Uhingen verbessert die Beschilderung und Darstellung des Stadtmuseums, korrigiert fehlerhafte Angaben und stärkt aktiv die Bewerbung des Museums, insbesondere durch Kooperationen mit Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Begründung:

Das Stadtmuseum ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Identität und Kultur. Eine korrekte und ansprechende Präsentation ist Voraussetzung für eine positive Außenwirkung.

Durch gezielte Bewerbung – insbesondere im schulischen Bereich – kann das Museum stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt und als außerschulischer Lernort genutzt werden.

Beschilderung „Rathaus mit Respekt“

Antrag:

Die Stadt Uhingen bringt ein Schild „Rathaus mit Respekt“ neben dem Haupteingang des Rathauses an.

Begründung:

Die Initiative „Rathaus mit Respekt“ wirbt für Respekt, Toleranz und gegen Gewalt, Ausgrenzung und Rassismus in der Gesellschaft. Städte wie Göppingen, Eislingen und Stuttgart sind Vorreiter. Viele weitere deutsche Städte haben sich angeschlossen.

Demografischen Wandel aktiv gestalten

Antrag:

Die Stadt Uhingen führt eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger ab 60 Jahren durch. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen erhoben werden:

- Was funktioniert aus Sicht der Seniorinnen und Senioren in Uhingen gut?
- Wo sehen sie Verbesserungsbedarf?
- In welchen Bereichen würden sie sich selbst gerne ehrenamtlich oder gesellschaftlich engagieren?

Die Ergebnisse der Befragung werden in einer Bürgerversammlung vorgestellt und diskutiert. Auf dieser Grundlage soll geprüft werden, ob die Gründung eines Stadtseniorenrats sinnvoll ist.

Begründung:

Der demografische Wandel stellt Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen, bietet aber gleichzeitig große Chancen. Viele Menschen der sogenannten Babyboomer-Generation gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand und bringen umfangreiche Erfahrung, Kompetenzen und Zeit für gesellschaftliches Engagement mit. Kommunen können dieses Potenzial nutzen, indem sie geeignete Beteiligungsstrukturen schaffen.

Eine Studie der Körber-Stiftung zeigt, dass rund 60 % der Menschen zwischen 55 und 65 Jahren sich vorstellen können, sich im Ruhestand vor Ort zu engagieren, sofern passende Rahmenbedingungen bestehen.

Durch eine gezielte Befragung kann die Stadt Uhingen besser verstehen, welche Bedürfnisse und Ideen ältere Bürgerinnen und Bürger haben und wo sie sich einbringen möchten. Gleichzeitig stärkt dies die Beteiligung der älteren Generation am kommunalen Leben.

Die Ergebnisse können als Grundlage für eine Bürgerversammlung dienen und perspektivisch zur Einrichtung eines Stadt seniorenrats beitragen, der die Interessen der älteren Bevölkerung bündelt und als Ansprechpartner für Verwaltung und Gemeinderat fungiert.

https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/44117/engagiert_euch_boomer_koerber-stiftung.pdf

Feuerwerksverbotszonen

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung von Feuerwerksverbotszonen im Stadtgebiet Uhingen zu prüfen und einen entsprechenden Entwurf für eine Regelung bzw. Verordnung zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche betrachtet werden:

- Bereiche rund um landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung, Pferdegestüte sowie sonstige Tierhaltungs- oder Zuchteinrichtungen
- der Bereich rund um den Charlottensee, den Epplesee sowie weitere Gewässer im Stadtgebiet
- der Innenstadtbereich zwischen Wehrstraße und Bahnhofstraße
- das Gebiet Oberdorf, insbesondere aufgrund der dort vorhandenen älteren Gebäude
- Schloss Filseck als historisches Gebäude und Kulturdenkmal.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob in diesen Bereichen ein ganzjähriges Feuerwerksverbot sowie erweiterte Verbotsregelungen an Silvester umgesetzt werden können.

Begründung

Feuerwerkskörper verursachen erhebliche Lärmbelastungen, stellen ein erhöhtes Brandrisiko dar und führen häufig zu Stressreaktionen bei Tieren.

Besonders betroffen sind landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung, Pferdegestüte sowie sonstige Tierhaltungs- oder Zuchteinrichtungen.

Auch Natur- und Erholungsräume wie der Charlottensee, der Epplesee oder weitere Gewässer können durch Feuerwerk stark beeinträchtigt werden.

Im Innenstadtbereich zwischen Wehrstraße und Bahnhofstraße sowie im Gebiet Oberdorf besteht aufgrund der dichten Bebauung und der vorhandenen älteren Gebäude ein erhöhtes Risiko für Brände und Sachschäden. Historische Gebäude wie Schloss Filseck sind zudem besonders schützenswert.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, ob für besonders sensible Bereiche im Stadtgebiet geeignete Feuerwerksverbotszonen eingerichtet werden können.

Sauberheitskampagne „Let's Putz“

Antrag

Die Stadt Uhingen führt eine Sauberheitskampagne nach dem Vorbild der **Initiative „Let's Putz“** ein.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Dieses soll insbesondere enthalten:

- ein Patenschaftsmodell für öffentliche Flächen
- die organisatorische Umsetzung
- die Unterstützung durch städtische Stellen (z. B. Bauhof)
- eine Kostenabschätzung sowie einen möglichen Zeitplan.

Begründung

In der Stadt Göppingen wurde im Jahr 2023 die Kampagne „Let's Putz“ gestartet, um Bürgerinnen und Bürger stärker in die Sauberkeit des öffentlichen Raums einzubeziehen.

Das Konzept basiert auf einem Patenschaftsmodell: Einzelpersonen, Familien, Nachbarschaften, Vereine, Schulen, Kindertagesstätten oder Unternehmen übernehmen freiwillig Verantwortung für bestimmte Bereiche im Stadtgebiet – etwa Parks, Spielplätze, Waldwege, Gewässerabschnitte oder Straßenbereiche – und sammeln dort regelmäßig achtlos weggeworfenen Müll.

Die Stadt unterstützt dieses Engagement organisatorisch, indem sie Müllsäcke sowie bei Bedarf Handschuhe und Greifzangen bereitstellt. Die gesammelten Abfälle werden an vereinbarten Sammelpunkten vom städtischen Bauhof abgeholt und fachgerecht entsorgt.

Die Erfahrungen aus Göppingen zeigen, dass ein solches Modell mit überschaubarem organisatorischem Aufwand umgesetzt werden kann und gleichzeitig ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement mobilisiert.

Eine vergleichbare Initiative in Uhingen könnte dazu beitragen, das Stadtbild zu verbessern, das Umweltbewusstsein zu stärken und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Lebensumfeld zu fördern.

Bürger-App

Antrag:

Die Stadt Uhingen prüft die Einführung einer Bürger-App.

Im Rahmen der Prüfung soll die Verwaltung insbesondere die Erfahrungen der Gemeinde Albershausen, die seit einiger Zeit eine Bürger-App nutzt, oder die Erfahrung anderer Gemeinden auswerten. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte betrachtet werden:

- Kosten für Entwicklung, Einführung und laufenden Betrieb
- tatsächliche Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger
- Rückmeldungen und Akzeptanz in der Bevölkerung
- besonders genutzte Funktionen (z. B. Mängelmelder, Veranstaltungen, Push-Nachrichten, Verwaltungsinformationen)
- personeller und organisatorischer Aufwand innerhalb der Verwaltung

- der wahrgenommene Mehrwert für Verwaltung und Bürgerschaft
- Die Ergebnisse der Prüfung sowie eine mögliche Kostenabschätzung für Uhingen sind dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen.

Begründung:

Die Digitalisierung kommunaler Dienstleistungen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Eine Bürger-App kann eine zusätzliche Möglichkeit bieten, Informationen der Stadt schnell und direkt an Bürgerinnen und Bürger zu übermitteln.

Gleichzeitig erleichtert sie den Kontakt zur Verwaltung, etwa durch einen digitalen Mängelmelder, Veranstaltungshinweise oder aktuelle Mitteilungen.

Die Nachbargemeinde Albershausen hat vor einiger Zeit eine Bürger-App eingeführt und sammelt praktische Erfahrungen mit diesem Instrument. Diese Erfahrungen können für Uhingen eine wertvolle Entscheidungsgrundlage sein.

Bevor über eine mögliche Einführung entschieden wird, ist es sinnvoll, zunächst die Nutzung, Kostenstruktur und den tatsächlichen Mehrwert zu bewerten. Die beantragte Prüfung schafft hierfür eine fundierte Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat.

Baumschutzsatzung

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für eine Baumschutzsatzung für das Stadtgebiet Uhingen zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ziel der Satzung soll es sein, insbesondere größere und ältere Bäume im Stadtgebiet zu schützen sowie klare Regelungen für Fällungen und notwendige Ersatzpflanzungen festzulegen.

Begründung

Bäume leisten einen wichtigen Beitrag für das Stadtbild, die Luftqualität sowie für die Kühlung in dicht bebauten Wohn- und Gewerbegebieten. Angesichts zunehmender Hitzeperioden gewinnt der Erhalt bestehender, großer Bäume weiter an Bedeutung, da sie wesentlich zum städtischen Mikroklima beitragen.

Baumschutzsatzungen können gemäß § 29 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz in Verbindung mit § 23 Abs. 6 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg von Kommunen erlassen werden.

Die von der Verwaltung angeführten Bedenken hinsichtlich zusätzlicher Bürokratie und möglicher Eingriffe in Eigentumsrechte sind nachvollziehbar. Durch klare Ausnahmeregelungen und transparente Verfahren kann eine Baumschutzsatzung jedoch praxisnah ausgestaltet werden.

Viele Kommunen zeigen, dass solche Regelungen vor allem zu einer stärkeren Sensibilisierung für den Wert von Stadtbäumen beitragen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden klimatischen Belastungen erscheint es daher sinnvoll, die Einführung einer Baumschutzsatzung erneut zu prüfen und einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

Abpflastern und Naturgarten-Wettbewerb

Antrag:

Die Stadt Uhingen startet einen Naturgarten-Wettbewerb für Bürgerinnen und Bürger mit dem Schwerpunkt „Abpflastern und Entsiegeln“. Der Wettbewerb wird öffentlich beworben, und die besten Projekte werden prämiert.

Begründung:

Die Entsiegelung privater Flächen leistet einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung und zur Förderung der Biodiversität. Das Konzept des „Abpflasterns“ – bekannt etwa aus Initiativen wie dem Wettbewerb „Tegelwippen“ in den Niederlanden – zeigt, dass Bürgerbeteiligung hier besonders wirksam ist.

Ein Wettbewerb mit einer attraktiven Prämierung (z. B. 2.000 € für das beste Projekt) schafft Anreize, ohne den städtischen Haushalt dauerhaft zu belasten.

Haushaltsrede der FDP/UB:

Für die FDP/UB sprach der Fraktionsvorsitzende Rolf Höflinger.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wittlinger,
sehr geehrte Damen und Herren.

Nachdem 2025 mehrere Jubiläen zusammen gekommen sind, erlauben wir uns, ein paar Besonderheiten näher zu betrachten.

Beginnen möchten wir mit: 10 Jahre „wir schaffen das“

Die Frage ist jedoch, wie haben wir es geschafft?

Das sind zum einen die maroden Straßen, die sanierungsbedürftigen Brücken und Schulen, der vernachlässigte Brandschutz und die nicht vorhersehbaren Auswirkungen des Hochwassers. Welche Auswirkungen dieses „wir schaffen das“ auf den Haushalt der Stadt Uhingen hat, zeigt sich immer deutlicher.

Nachdem wir unsere „wir schaffen das“ Probleme nicht mehr aus dem städtischen Haushalt finanziert bekommen, lagern wir dies einfach als Sondervermögen aus.

Die FDP/UB Fraktion möchte sie heute auf eine kleine Reise durch unser noch schönes Uhingen mitnehmen. Dies alles unter der Betrachtung, wo finden wir in Uhingen „Sondervermögen“.

Sie wissen inzwischen, dass nicht alles „Vermögen“ Reichtum bedeutet. Auch in Uhingen ist man lernfähig und hat so manches in Berlin abgeschaut.

Wir werden uns auf den Weg machen und nach „**Sondervermögen**“ Ausschau halten.

Unser erster Gang führt uns in die Ulmer Straße: Betrachtet man das Gelände der ehemaligen Spinnweberei, so lauern dort locker 20 Mio. Sondervermögen. Aber Vorsicht – hier lauern Gefahren, die wir nicht selbst beeinflussen können. Eine besondere Gefahr steckt in diesem Gelände, das besonders durch die Eisenbahn beeinflusst wird.

Auch das zweite „**Sondervermögen**“ beschert uns die Ulmer Straße. Sehr viele sind von der Beschilderung 30 km/h „begeistert“. Leider vermissen wir die vielen Kontrollpunkte der Geschwindigkeits- und der Geräuschüberwachung.

Wir nehmen dies zum Anlass, auf die immer großzügiger werdende Auslegung der Straßenverkehrsordnung und der Straßenverkehrszulassungsordnung hinzuweisen. Beispiele dafür gibt es in Uhingen im Überfluss wie, parken auf Gehwegen, Beschilderung interessiert nicht, Umweltplakette passt nicht zur Kraftfahrzeugnummer usw. Auch E-Scooter und Fahrradfahrer sind hier nicht ausgenommen.

Sondervermögen Sparwiesen

Ganz einfach: für Feuerwehrgerätehaus, Kindergarten und Verwaltungsstelle sowie Straßensanierungen füllen wir diesen Haushalt mal schnell mit 20 Millionen „**Sondervermögen**“.

Sondervermögen Grundsteuer

Dank eines Richterspruchs dürften die Bürgerinnen und Bürger tiefer in die Tasche greifen. Aber nur die, die auch bereit sind, Verantwortung für die Fläche ihres Nutzens zu übernehmen. Betrachtet man die Flächen, die im städtischen Besitz sind und von den Anwohnern wie selbstverständlich genutzt werden. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, überlassen sie der Allgemeinheit, das reinigen und instand setzten. Für Oberflächenentwässerungsgebühr fühlen sie sich genau so wenig zuständig, wie für das abführen der Grundsteuer.

Wie sieht es hier mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz aus?

Antrag: Überprüfung der städtischen Flächen wegen regelmäßiger privater Nutzung.

Sondervermögen Hundesteuer

Etwas verwundert nehmen wir den Planansatz Hundesteuer zur Kenntnis. Was uns an dieser gleichbleibenden Aussage verwundert, ist die Beobachtung, dass man immer mehr Hunde im öffentlichen Verkehrsraum antrifft und dadurch soll es zu keiner Erhöhung kommen!

Antrag: Kontrolle auf ordnungsgemäßer und tiergerechter Haltung.

Sondervermögen Personal

Eines vorweg: wir unterstützen grundsätzlich eine tariflich orientierte und leistungsgerechte Entlohnung – dies nicht zuletzt, um eine leistungsstarke Verwaltung zu unterhalten gilt.

Was wir jedoch nicht unterstützen und nicht finanzieren wollen ist, dass die Verwaltung durch immer neue Vorschriften und Verwaltungsrichtlinien am effektiven Arbeiten gehindert wird.

Antrag: Überprüfung aller Vorschriften und Verordnungen auf ihre Notwendigkeit.

Sondervermögen öffentliche Sicherheit und Ordnung

Wir möchten nicht alle Einzelheiten, die notwendig sind, um einen qualifizierten Brandschutz und Rettungsdienst sicher zu stellen, aufzählen. Für uns zählt die Sicherstellung des Brandschutzes und der Gesundheitsschutz der Einsatzkräfte an erster Stelle. Daher sehen wir es für selbstverständlich an, dass der Brandschutz immer auf dem aktuellsten Stand gehalten werden muss.

Ganz anders sehen wir es beim Katastrophenschutz.

Erst musste Geld in die Hand genommen werden, um die Sireneninfrastruktur abzubauen, und nun dürfen wir wieder Geld in die Hand nehmen, um sie aufzubauen.

Fassen wir zusammen: Entfernung, Fehlentscheidung des Bundes - notwendiger Neuaufbau 100 % Finanzierung des Bundes!

Antrag: Deckungslücke durch Zuschüsse beim Bund beantragen.

Sondervermögen Schulen

Auch hier müssen wir feststellen, wie kurzsichtig die Landesregierung mit ihren Verordnungen und Vorgaben hantiert.

Beginnen wir an den Außentüren. Sicherheit ist oberstes Gebot. Nur ist festzustellen, dass Lehrkräfte in der Regel nicht mit leeren Händen die Schule betreten. Das heißt: Tasche mit Unterlagen, Transponder entriegeln und Türe öffnen. Wie hilfreich wäre eine elektrische Türöffnung und Schließung. Dies dient auch zum störungsfreien nutzen der Schließanlage. Nun hat sich die Tür zur Ganztageschule geöffnet, doch schon haben wir das nächste Problem. Es nennt sich „Bedarfsorientierung“. Auch hier stoßen wir auf eine landespolitische Fehlleistung, so dass Fördervereine, die bildungspolitischen Fehlentscheidungen ausgleichen müssen.

Sondervermögen Haldenberg-Realschule – Chemiesaal.

Hier haben wir ein Beispiel, wie Investition in moderne Bildung funktioniert.

Altbestand ausbauen, warten, unterrichtsfrei.

Aus unserer Sicht: Planung, Vorbereitung, Auszug, Sanierung, Einbau und in Betriebnahme, um die Bildung innerhalb kürzester Zeit wieder aufzunehmen. Hoffentlich kommt bei der geplanten Sanierung nicht noch ein Konkurs eines Lieferanten dazwischen.

Sondervermögen Kindergarten Sparwiesen

Nachdem die Weichen für einen Neubau gestellt sind, die Infrastruktur festgestellt und hoffentlich Abstimmungsgespräche mit der Grundschule durchgeführt werden, freuen wir uns auf eine Weiterentwicklung des Stadtteils Sparwiesen.

Sondervermögen Hochwasserschutz

Hochwasser – Starkregen – Risikomanagement

Hochwasser – Filspegel steigt. Uferböschungen befestigen und auf gleiche Höhe bringen. Aber Vorsicht, unbedingt die Kiesschicht unter Uhingen bedenken! Bereits haben viele Keller und Tiefgaragen das Ausbreiten des Grundwassers eingeschränkt, so dass es zu einem schnelleren ansteigen des Filspegels führt.

Starkregen – Wasser sucht sich seinen eigenen Weg. Hier ist eine sorgfältige und ausgewogene Planung notwendig. Achtung: Wasser läuft nicht von selbst bergauf!!!

Und noch was, auch unsere Nachbarkommunen kämpfen mit den gleichen Problemen, daher unsere Empfehlung, Gespräche über deren Vorhaben führen, um die zusätzlichen Wassermassen schon vorher reduziert der Fils zuzuleiten.

Sondervermögen Einkaufswagen

Eine besondere Sportart hat sich im Bereich des Bahnhofs entwickelt. In diesem Bereich trifft man häufig Einkaufswagen an, die mit Restmüll bestückt sind. Wir sehen dies als gescheiterte Müllentsorgung des Landkreises. Für den Absteller ein gutes Geschäft. Keinen Mülleimer, keine Müllmarke und mein Hausmüll wird auf Kosten der Allgemeinheit entsorgt!

Sondervermögen Windkraft

Dieses planlose aufstellen von Windrädern macht auch hier wieder eine gewisse Kopflosigkeit deutlich. Zum einen werden Vorranggebiete ausgewiesen, ohne Rücksicht auf die Anwohner und der Topografischen Lage. Zum anderen vermissen wir das Erstellen von produktionsnahen Speichermöglichkeiten. Wurde dies einfach verschlafen, oder steckt Gedankenlosigkeit dahinter.

Bevor ich nun zu unseren Anträgen komme, möchte ich mich im Auftrag der Fraktion bei allen ehrenamtlich tätigen ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz für das Gemeinwohl

bedanken. Auch sei an dieser Stelle gestattet, dass wir die ehrenamtlich untätigen bitten, sich ein Beispiel daran zu nehmen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.
Es gilt das gesprochene Wort.

Anträge der FDP/UB

TH 01 1221 Seite 127 LFD. Nr.10
sonstige ordentlichen Einnahmen LFD 10:
entfall 30.000 €; neu **60.000€**

Begründung: In vielen Straßen ist durch eine eindeutige Beschilderung, das Verhalten klar zum Ausdruck gebracht. Das wann und wie eines Parkers ist exakt festgelegt. Bei einer regelmäßigen Kontrolle würden den Kunden auch ausreichende Parkplätze zur Verfügung stehen. Stattdessen werden sie von Dauerparkern daran gehindert.

An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass wir durchaus den Bedarf des privaten abstellen eines Fahrzeugs sehen. Um diesem nachzukommen können wir auch ausgewiesenen und gegen Gebühr, reservierten Plätze uns vorstellen. Auch das nutzen von E-Scootern auf Gehwegen und mit mehreren Personen beladen zu kontrollieren, würde dieses Ziel zu erreichen unterstützen.

TH 01 Sirenenalarmierung

Nachdem diese Einrichtung wegen staatlicher Vorgaben installiert werden muss, muss auch die Finanzierung zu 100% gewährleistet werden.

Keine Übernahme der Deckungslücke von 18.000€

TH 04 3650 Seite 254

3032 0000 Seite 38 Hundesteuer
Planansatz von 97.000€ auf 150.000€ anheben.
Hinweis:
Hundesteueranpassung = 120€ ist OK.
Hundehaltung ohne Steuermarke wurde zuletzt wann geprüft?

TH 06 7541 Seite 340 + 342 nördliche Stuttgarter Straße.

Wir sehen keine Notwendigkeit zur Sanierung dieser Straße. Alle Planansätze auf 0€ setzten.
Einsparung: **337.000€**

TH 06 5450 Seite 349 Straßenreinigung

Nachdem es nicht möglich ist, die parkenden Autos vor der Reinigung zu entfernen, beantragen wir die Streichung dieser Dienstleistung

Planansatz 42.000€ für 2026 und folgende Jahre streichen.

Einsparung: **42.000€**

TH 04 Wohnsitzlose

Abbruch von Sandäckerweg 2, soll für 2027 eingeleitet werden.

Grundsätzlich wird dieses Vorgehen von der FDP/UB begrüßt. Unterstützt wird dies durch die Zwischenfälle in der letzten Zeit, die wir als „unzumutbar“ ansehen. Nur muss vorher die Weiterentwicklung des Nassacher Dörfle e. V. geklärt sein.

TH 04 7541 Ott-/ Filsecker Straße

Diese Sanierung wurde von uns bereits mit dem Bau des Kinderhauses angeregt. Nachdem diese Straße damals nicht gebaut wurde, dürfen wir feststellen, dass die Argumente von damals, noch heute gelten.

Streichung des Planansatzes für 2027 Seite 349.

Alle **Anträge zu Kontrollen** entnehmen sie bitte unseren Ausführungen, wie z.B. Grundsteuer, Hochwasserschutz und Personal.

Wirtschaftsplan der Wasserversorgung Uhingen 2026

Der stellvertretende Kämmerer Marius Schweikert stellte in der Sitzung das Gesamtwerk des Wirtschaftsplans der Wasserversorgung Uhingen für das Jahr 2026 vor. Dieser wird gemeinsam mit dem Haushaltsplan der Stadtverwaltung Uhingen am 24. April 2026 zur Verabschiedung vorgelegt. Insgesamt weist der Wirtschaftsplan für 2026 Erlöse i.H.v. 1,484 Mio. Euro auf. Demgegenüber stehen Aufwendungen i.H.v. 1,607 Mio. Euro wodurch sich ein Jahresfehlbetrag von 123.300 € ergibt. Aufgrund des bereits begonnenen Wirtschaftsjahrs bleibt der Wasserzins, obwohl gemäß Plankalkulation eine Erhöhung um 0,20 €/m³ erforderlich wäre, unverändert bei 2,19 €/m³. Die Schulden des Eigenbetriebs sinken von 2,71 Mio. Euro auf 2,66 Mio. Euro. Darauf ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 187 €/Einwohner (der Landesdurchschnitt liegt bei 829 €/Einwohner).

Behandlung von Spenden gem. § 78 (4) GemO

Die eingegangenen Spenden wurden einstimmig angenommen:

Geldspenden in Höhe von 173,00 € für das Museum, 100,00 € für den Kindergarten Sparwiesen sowie 650,00 € für das Uditorium.

Der Vorsitzende bedankte sich bei allen Spendern.

Nähere Informationen zu den im Gemeinderat behandelten Themen finden Sie unter <https://uhingen.ris-portal.de/>